

Inhaltsverzeichnis

1. Andreas Krautscheid	
2. Seitenwechsler im Überblick	
3. Seitenwechsel	
4. Bundesverband Deutscher Banken	
5. CDU	
6. Jürgen Rüttgers	
7. Atlantik-Brücke	
8. Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik	
9. Wirtschaftsrat der CDU	
10. American Chamber of Commerce in Germany	

Andreas Krautscheid

Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Andreas Krautscheid (* 11. Februar 1961 in Wissen/Sieg) ist 2011 wieder auf die Seite der Wirtschaftsinteressen gewechselt, diesmal zum Banken-Lobbyverband [Bundesverband Deutscher Banken](#) (BdB), zunächst als stellvertretender Hauptgeschäftsführer. Seit 2018 ist er Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Vorstands. Zuvor war er in Nordrhein-Westfalen [CDU](#)-Generalsekretär und Minister unter [Jürgen Rüttgers](#). In seiner Karriere war Krautscheid davor bereits Unternehmenslobbyist für die [Deutsche Telekom](#) und davor Mitglied des Deutschen Bundestages.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
2 Mitgliedschaften	3
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
4 Einzelnachweise	3

Karriere

- seit 2018 Hauptgeschäftsführer des [Bundesverbands Deutscher Banken](#) (BdB) und Mitglied des Vorstands
- seit 03/2011 stellvertretender Hauptgeschäftsführer des [Bundesverbands Deutscher Banken](#) (BdB)
- 03/2010–11/2010 Generalsekretär der [CDU](#) in Nordrhein-Westfalen
- 10/2007–03/2010 Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes NRW, ab Januar 2008 zusätzlich auch Medienminister
- 2006–2007 Regierungssprecher und Staatssekretär für Medien des Landes NRW
- 2005–2006 Leiter der Interessenvertretung "Wirtschaft und Politik" der T-Systems International GmbH
- 2002–2004 Leiter "Grundsätze und politische Kommunikation" im Vorstand der [Deutschen Telekom](#)
- 1999–2002 Leiter Konzernkommunikation der Baukonzerns [Readymix AG](#)
- 1994–1998: Abgeordneter des Deutschen Bundestags
- 1992–1994 Stellvertretender Sprecher der CDU Deutschlands
- 1991 Zweites juristisches Staatsexamen
- 1981–1988 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Uni Bonn

Quellen: ^[1]^[2]

Mitgliedschaften

- [Atlantik-Brücke](#), Deutsch-Britische Gesellschaft, [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#) und [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied
- [Institut für Europäische Politik](#) (IEP) und Institut für Medien- und Kommunikationspolitik (IfM), Kuratoriumsmitglied
- [American Chamber of Commerce in Germany](#) (ICC), Mitglied im Hauptausschuss
- [CDU](#), Mitglied im Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern

Quelle: ^[3]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Bankenverband Vita Andreas Krautscheid](#), abgerufen am 13.01.2023
2. ↑ [Biografie: Andreas Krautscheid](#), WDR.de, abgerufen am 10.04.2017
3. ↑ [Profil](#), bankenverband.de, abgerufen am 13.01.2023

Seitenwechsler im Überblick

Weiterleitung nach:

- [Seitenwechsler in Deutschland im Überblick](#)

Seitenwechsel

Weiterleitung nach:

- [Seitenwechsel und Krenzzeiten \(Überblick\)](#)

Bundesverband Deutscher Banken

Der **Bundesverband deutscher Banken (BdB)**, kurz auch **Bankenverband** genannt, ist ein Spitzenverband des privaten Kreditgewerbes. Der Verband vertritt über 170 private nationale und internationale Kreditinstitute, 11

Bundesverband deutscher Banken

bankenverband

Mitgliedsverbände und rund 20 außerordentliche Mitglieder (z. B. Fintechs). Die Mitgliedschaft im BdB ist eine Voraussetzung zur Beteiligung an der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken (Einlagensicherung für Privatbanken). In Brüssel ist er sowohl durch ein eigenes Lobbybüro (seit 2004) vertreten als auch über [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#) und den Dachverband [European Banking Federation](#) (EBF).

2022 gab der Bankenverband insgesamt ca. 8,8 Mio. Euro für Lobbyaktivitäten aus, wovon ca. 6,4 Mio. Euro auf Deutschland und ca. 2,4 Mio. Euro auf die EU entfielen

Bundesverband deutscher Banken	
Rechtsform	e.V. (VR 19142, Vereinsregister Berlin)
Tätigkeitsbereich	Finanzlobby
Gründungsdatum	1951
Hauptsitz	Burgstraße 28, 10178 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Rue du Commerce 31, 1000 Brüssel
Webadresse	bankenverband.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	4
2 Fallstudien und Kritik	5
2.1 Initiative zur Deregulierung des europäischen Verbriefungsmarkts	5
2.2 Agieren im CumEx-Skandal	5
2.3 Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	5
2.4 Frankfurter Erklärung	6
2.5 Lobbyisten in Ministerien	6
3 Organisationsstruktur und Personal	7
3.1 Vorstand (Stand: Februar 2022)	7
3.2 Geschäftsführung	7
3.3 Mitgliedsverbände	8
3.4 Mitgliedsbanken	8
3.5 Verbindungen	8
4 Kurzdarstellung und Geschichte	8
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	8
6 Einzelnachweise	8

Lobbystrategien und Einfluss

Die Lobbystrategie des BdB lässt sich nur im Zusammenhang mit anderen Spitzenverbänden des Finanzbereichs betrachten. So wird die überwiegende Zahl der Stellungnahmen in deutschen und europäischen Rechtssetzungsprozessen gemeinsam mit den Verbänden von Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Landesbanken und Hypothekenbanken über [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#) (DK) abgegeben.^[1] Daneben lobbyieren einzelne Mitglieder des BdB, wie z. B. die Großbanken, über ihre eigenen Interessenvertretungen. Mitarbeiter des Bankenverbandes sind zudem in zahlreichen Gremien vertreten, um dort die Interessen der privaten Banken oder der Deutschen Kreditwirtschaft zu vertreten“^[2]

Im deutschen Lobbyregister gab der Bankenverband an (Stand: 29.11.2023) 2022 zwischen 6.350.001 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 61 bis 70 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[3] In Brüssel lagen die Lobbyausgaben 2022 zwischen 2.250.000 und 2.499.999 Mio. Euro; es wurden 43 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 15,8) beschäftigt.^[4]

Fallstudien und Kritik

Initiative zur Deregulierung des europäischen Verbriefungsmarkts

2022 Der BdB, die Associazione Bancaria Italiana (ABI), die FEDERATION BANCAIRE FRANCAISE und die Nederlandsche Vereniging van Banken haben sich mit Schreiben vom 4. Mai 2022, das an den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen Florian Toncar (FDP) gerichtet ist, wie folgt zum Verbriefungsmarkt geäußert: „Wir müssen den europäischen Verbriefungsmarkt fördern, indem wir den zu konservativen und generell zu komplexen Regulierungsrahmen neu kalibrieren.“^[5] Laut der Bürgerbewegung Finanzwende tauchen die exakt gleichen Formulierungen – über vermeintlich „konservative“ und „zu komplexe“ Regeln für Verbriefungen, die „rekalibriert“ werden müssen – Monate später im Brief des deutschen und französischen Finanzministeriums vom Januar 2023 an Brüssel wieder auf. Dass „Rekalibrierung“ nichts Anderes als Deregulierung meinte zeigten die Änderungsvorschläge, die Berlin und Paris zeitnah umgesetzt sehen wollen und die ganz den Wünschen der Bankenlobby entsprechen: So soll es weniger Transparenz bei Verbriefungen geben – dabei mache Transparenz über die enthaltenen Kredite Verbriefungen sicherer. Und die sowieso schon geringen Eigenkapitalanforderungen für Verbriefungen sollen weiter reduziert werden – dabei bräuhete ein sicherer und solider Bankensektor wesentlich mehr Eigenkapital. Auch weitere Forderungen der Finanzlobby hat der deutsch-französische Vorstoß nach Angaben von Finanzwende aufgegriffen: Verbriefungen sollen demnach selbst dann als grün gelten, wenn die verbrieften Vermögenswerte überhaupt nicht nachhaltig sind – so lange nur die Erlöse nachhaltig investiert werden. Der Parlamentarische Staatssekretär Toncar (FDP) war bis 8. 12. 2021 Vorsitzender des Beirats „Finanzen“ der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), deren Mitglied der BdB ist.^[6]

Agieren im CumEx-Skandal

2007 Der Bdb erstellte schon 2003 ein Gesetzesentwurf, der 2007 durch Lobbytätigkeit des BdB vom BMF nahezu wörtlich übernommen wurde. CumEx wurde dadurch zwar über Inlandsbanken unmöglich, über Auslandsbanken allerdings scheinbar legal.^[7]

2020 Im August wurden die Räume des BdB in Berlin und Frankfurt auf Antrag der Staatsanwaltschaft Köln durchsucht, um Material zur Aufklärung der Rolle des BdB im Themenbereich CumEx.^[8]

Die fragwürdige Rolle des Bankenverbands im CumEx-Skandal hat die Bürgerbewegung Finanzwende in einem Offenen Brief vom 04.08.2020 beschrieben.^[9]

Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

2010	Bankenverband: Finanzmarktsteuer hätte Krise nicht verhindert ^[10]
2015	Der Bankenverband, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben. ^[11]
2020	Finanztransaktionssteuer – eine Belastung von Bürgern und Wirtschaft zur Unzeit ^[12]

Frankfurter Erklärung

2010	Ende Oktober 2010 versuchte der Bankenverband nach den internen Querelen um die Geschäftsführung wieder stärker in die Offensive zu gehen und warnte in einer Erklärung vom 25.10.2010 vor den volkswirtschaftlichen Folgen einer zu harten Regulierung. ^[13] Die Financial Times Deutschland beschreibt die Erklärung des Bankenverband als "argumentativ dürftig" und das "übliche Lobby-Mantra", das Besondere sei nur die Art, wie der Verband Einigkeit und Stärke demonstrieren wolle. ^[14] Auch das Handelsblatt kritisiert, dass sich ein Teil der Vorwürfe gegen die Bundesregierung kaum halten lässt. ^[15] Es gehört zur Strategie der Finanzbranche, einerseits auf globaler Ebene gemeinsam gegen striktere Regulierungen vorzugehen (siehe Basel III und Institute of International Finance) und zugleich über die nationale Ebene zu versuchen, die Regierungen gegeneinander auszuspielen.
------	--

Lobbyisten in Ministerien

- Ein Vertreter der Dresdner Bank war für den Bundesverband Deutscher Banken [im Bundesministerium für Finanzen tätig](#).

→ *weitere Informationen:* [Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen](#) → *zur Übersicht:* [Lobbyisten in Ministerien](#)

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand (Stand: Februar 2022)

Funktion	Name	weitere Funktionen
Präsident	Christian Sewing	• Deutsche Bank , Vorstandsvorsitzender
Mitglied des Präsidiums	Nick Jue	• ING-DiBa, Vorsitzender des Vorstandes
Mitglied des Präsidiums	Emmerich Müller	• Bankhaus Metzler, Mitglied des Vorstands
Mitglied	Andreas Arndt	• Deutsche Pfandbriefbank AG, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Michael Diederich	• UniCredit Bank, Sprecher des Vorstands
Mitglied	Lutz Diederichs	• BNP PARIBAS, Ndl. Deutschland, CEO
Mitglied	Wolfgang Fink	• Goldman Sachs Bank Europe SE, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Manfred Knof	• Commerzbank, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Kühn	• Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG, Pers. haftender Gesellschafter
Mitglied	Christine Novakovic	• UBS Europe SE, CEO

Geschäftsführung

- Heiner Kerkenhoff, Hauptgeschäftsführer (Frühere Positionen: Cheflobbyist [Commerzbank](#), in den 90er Jahren Büroleiter von Helmut Kohl)
- Hilmar Zettler, Mitglied der Geschäftsleitung, Leiter des Geschäftsbereichs "Bankenaufsicht, Einlagensicherung und Organisation"
- Kolja Gabriel, Mitglied der Geschäftsleitung, Leiterin des Geschäftsbereichs "Politik und Innovation"

Stand: (Februar 2024)

Mitgliedsverbände

Der Bankenverband hat eine föderale Struktur:^[16] Bankenverband Baden-Württemberg e.V., Bankenverband Mitte e.V., Bankenverband Nordrhein-Westfalen e.V., Bankenverband Schleswig-Holstein e.V., Bayerischer Bankenverband e.V., Norddeutscher Bankenverband e.V., Ostdeutscher Bankenverband e.V.

Mitgliedsbanken

Als private Großbanken sind im Bundesverband deutscher Banken vertreten: [Deutsche Bank AG](#), [Commerzbank AG](#), [UniCredit Bank AG](#). Des Weiteren einige kleinere und größere private Bankhäuser, wie beispielsweise HSBC Trinkaus und Burkhardt AG oder M.M. Warburg & Co. Einen Großteil der Mitglieder stellten daneben Regionalbanken und deutsche Ableger ausländischer Banken, darunter bekannte Größen wie [ABN Amro](#), [Bank of America](#), [BNP PARIBAS](#), [Goldman Sachs](#), [JP Morgan](#), und [UBS](#).^[17]

Verbindungen

Der Bankenverband ist Mitglied in 24 weiteren nationalen und internationalen Verbänden und Lobbyorganisationen, u.a.:

- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Die Deutsche Kreditwirtschaft](#)
- [Institut Finanzen und Steuern](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU e.V.](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft](#)
- [European Banking Federation](#)
- [International Banking Federation](#)
- [Institute of International Finance](#)

Kurzdarstellung und Geschichte

Der Bundesverband deutscher Banken wurde 1951 in Köln, in der Nachfolge des *Centralverbandes des deutschen Bank und Bankiergewerbes*, gegründet. Im Frühjahr 1999 wurde der Sitz des Verbandes von Köln nach Berlin verlegt. Seit 2004 verfügt der BdB auch über eine Repräsentanz in Brüssel.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Jahresbericht 2022 zur Delegiertenversammlung April 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 05.02.2024
2. ↑ [Zusammenarbeit mit anderen](#), Webseite des Bankenverbands abgerufen am 18.5.2022

3. ↑ [Bundesverband Deutscher Banken](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 05.02.2024
4. ↑ [Bundesverband Deutscher Banken](#), ec.europa.eu, abgerufen am 05.02.2024
5. ↑ [Christian Lindner und der nächste Coup der Bankenlobby](#), finanzwende.de vom 18.04.2023, abgerufen am 23.04.2023
6. ↑ [Biografien](#), bundestag.de, abgerufen am 24.04.2023
7. ↑ [Wie sich die Bankenlobby ein Gesetz zum großangelegten Steuerraub schrieb](#), abgeordnetenwatch.de 13.01.2020, abgerufen am 18.05.2022
8. ↑ [Cum-EX Razzia beim Bankenverband](#), Süddeutsche Zeitung vom 04.08.2022, abgerufen am 18.05.2022
9. ↑ [Offener Brief an den Bundesverband deutscher Banken \(BdB\) zu CumExFinanzwende](#) 04.08.2020, abgerufen am 18.05.2022
10. ↑ [Finanzmarktsteuer hätte Krise nicht verhindert](#)Deutschlandfunkkultur 19.05.2010, abgerufen am 18.05.2022
11. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung des DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 16.06.2016
12. ↑ [Finanztransaktionssteuer – eine Belastung von Bürgern und Wirtschaft zur Unzeit](#), Webseite des Bankenverbands 29.05.2020, abgerufen am 18.05.2022
13. ↑ [Pressemitteilung](#) Webseite Bankenverband vom 25.10.2010, archiviert am 27.11.2010, abgerufen am 16.06.2016
14. ↑ [Bankenverband drängelt sich wieder nach vorne](#), Financial Times Deutschland vom 26.10.2010, archiviert am 28.10.2010, abgerufen am 16.06.2016
15. ↑ [Banker greifen Regierung scharf an](#), Handelsblatt Online vom 26.10.2010, abgerufen am 16.06.2016
16. ↑ [Mitgliedsverbände](#), Webseite Bankenverband, abgerufen am 25.02.2022
17. ↑ [Mitglieder](#) Webseite Bankenverband, abgerufen am 25.02.2022

CDU

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen zu Lobbyismus	10
1.1 Bundestagswahl 2025	10
1.2 Bundestagswahl 2021	10
1.3 Bundestagswahl 2017	10
1.4 Bundestagswahl 2013	11
1.5 Bundestagswahl 2009	11
2 Finanzierung	11
2.1 Rechenschaftsberichte	11
2.2 Top-Spender	12
2.3 Gesamteinnahmen	13
2.4 Verdacht der illegalen Einflussspende an die Berliner CDU	14
2.5 Sponsoring	15
3 Wirtschaftsrat der CDU	16
4 Bundesvorsitzender Merz	16
5 Generalsekretär Linnemann	16
6 Bundesgeschäftsführer Birkenmaier	16
7 Beteiligungen an Unternehmen	16
8 Weiterführende Informationen	17
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	17

Positionen zu Lobbyismus

Bundestagswahl 2025

Das Wahlprogramm der CDU/CSU für die Bundestagswahl 2025 enthält keinerlei Forderungen zu schärferen Regulierung von Parteispenden, Lobbyismus oder für mehr Transparenz.^[1]

Bundestagswahl 2021

Weder im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 noch im Grundsatzprogramm der CDU werden Fragen von Lobbyismus und Transparenz behandelt. Die Union hat jedoch in der 19. Legislatur gemeinsam mit der SPD nach großen Skandalen in der Union ein Lobbyregister und Änderungen im Abgeordnetenrecht geschaffen, die wichtige Schritte hin zu mehr Transparenz bedeuten.

Hintergründe und ausführliche Informationen sind unter [Lobbyregister Deutschland](#) und [Nebentätigkeiten von Bundestagsabgeordneten in Deutschland](#) zu finden.

Bundestagswahl 2017

Die Unionsparteien sind in Sachen Lobbykontrolle bisher vor allem durch Eines aufgefallen: eine strikte Verweigerungshaltung. Ob im Bundestag, in Anhörungen oder bei anderen Auftritten: Unionsvertreter/innen sagten immer wieder, es gäbe keinerlei Handlungsbedarf. Dabei stellten sie immer wieder nachweislich falsche Behauptungen in den Raum. Zum Beispiel, dass Sponsoringeinnahmen der Parteien völlig transparent seien. Im gemeinsamen Wahlprogramm tauchen Themen wie Transparenz oder Schranken für Lobbyist/innen schlichtweg nicht auf.^[2] In der zurückliegenden Wahlperiode und auch zuvor blockierte die Union nahezu alle Initiativen für mehr Lobbykontrolle. So vermochte sie in der Debatte um ein verpflichtendes Lobbyregister „kein Transparenzdefizit“ erkennen und lehnte dementsprechend eine bessere Regelung ab. Ausnahmen waren die mit der SPD im Koalitionsvertrag 2013 vereinbarten Vorhaben zur Karenzzeit und zur Abgeordnetenbestechung (siehe SPD), wobei die Union auch dabei auf möglichst schwache Regeln drängte.

Für sich entdeckte die Union nur einmal ein lobbykritisches Thema: Als im Wahlkampf 2013 die Nebeneinkünfte des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück für Wirbel sorgten, sparte die Union nicht mit Kritik. Im Ergebnis wurden die Stufen, anhand derer die Abgeordneten ihre Nebeneinkünfte offenlegen müssen, von drei auf zehn erweitert. Während des „Rent-a-Sozi“-Skandals (Ende 2016) um gekauften Zugang zu SPD-Spitzenpolitiker/innen hingegen hielt sich die Union bedeckt und verweigerte politische Konsequenzen. Das mag auch damit zusammenhängen, dass schon vor Jahren ähnliche Zugangsgeschäfte mit den CDU-Ministerpräsidenten Rüttgers und Tillich aufgefliegen waren.

Die Union setzte durch, dass Ex-Finanzminister Theo Waigel, der nach seinem Ausscheiden aus dem Amt in zahlreiche Lobbyjobs wechselte, Mitglied des dreiköpfigen Karenzzeit-Gremiums wurde. Dieses Gremium soll der Bundesregierung Empfehlungen zum Umgang mit eben solchen Seitenwechslern geben.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Bundestagswahl 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von LobbyControl. ^[3]

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 bat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme. Sie sollten Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#) ^[4]

Finanzierung

Die CDU erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 150.536.032,07 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 71.186.700,18 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Damit ist die CDU mit großem Abstand Spitzenreiter vor allen anderen Parteien in Deutschland. Einnahmen der Schwesterpartei [CSU](#) sind darin nicht enthalten. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird. Ein Überblick über die gesamten Finanzierungsquellen der Parteien findet sich im Artikel [Parteienfinanzierung](#).

Rechenschaftsberichte

Die Parteien müssen nach dem deutschen Parteispendinggesetz § 23 ff. Rechenschaft für ihre Finanzen ablegen, indem sie einen Rechenschaftsbericht verfassen, der von der Bundestagsverwaltung geprüft und veröffentlicht wird. Diese Rechenschaftsberichte werden erst im jeweils übernächsten Jahr veröffentlicht. Sie enthalten u.a. alle Spenden ab einer Grenze von 10.000€. Spenden unterhalb dieser Grenze bleiben in Deutschland intransparent.

Rechenschaftsberichte der CDU

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht 2012
Rechenschaftsbericht 2013
Rechenschaftsbericht 2014
Rechenschaftsbericht 2015
Rechenschaftsbericht 2016
Rechenschaftsbericht

nach Jahren sortiert
2017
Rechenschaftsbericht 2018
Rechenschaftsbericht 2019
Rechenschaftsbericht 2020
Rechenschaftsbericht 2021
Rechenschaftsbericht 2022
Rechenschaftsbericht 2023

Top-Spender

Die 10 Topspender der CDU in den Jahren 2020-2024 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Christoph Alexander Kahl	1.978.160 €	
DVAG (Firmengeflecht)	1.591.001 €	Spenden von Deutscher Vermögensberatung AG, Allfinanz Deutsche Vermögensberatung sowie Bundesverband Deutscher Vermögensberater
Familie Gröner	880.000 €	Spenden von Gröner Family Office GmbH und Christoph Gröner
Schambach, Stephan	1.238.000 €	
Familie Quandt /Klatten (BMW)	650.010 €	Spenden von Susanne Klatten, Stefan Quandt und Johanna Quandt
Dr.-Ing. E.h. Martin Herrenknecht	659.102 €	
Dr. August Oetker KG	435.500 €	Spenden von Dr. August Oetker KG, Arend Oetker, Alfred Oetker sowie Carl-Ferdinand Oetker
Droege Group AG	300.000 €	

	€	
Prof. Dr. Hans Georg Näder	299.000 €	
Gesamtmetall (Regionalverbände und Bundesverband)	438.368,85 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie Lüdenscheid sowie Gesamtmetall Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.

Weitere Spender der CDU sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der CDU** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2023		2022		2021		2020		2019	
	in	Anteil	in	Anteil	in	Anteil	in	Anteil	in	Anteil
	Mio €	in %	Mio €	in %	Mio €	in %	Mio €	in %	Mio €	in %
Mitgliedsbeiträge	36,26	21,0	36,41	26,7	37,2	23,2	37,67	24,9	37,55	24,6
Mandatsträgerbeiträge	23,06	13,3	22,32	16,3	21,89	13,6	21,54	14,2	21,12	13,8
Spenden von natürlichen Personen	12,34	7,1	10,24	7,4	26,7	16,6	17,99	11,9	16,25	10,6
Spenden von juristischen Personen	5,84	3,3	7,34	5,3	14,82	9,2	8,75	5,7	7,31	4,7
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Aus sonstigem Vermögen	3,64	2,1	1,95	1,4	1,79	1,1	5,08	3,3	2,11	1,3
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	10,91	6,3	8,9	6,5	6,15	3,8	5,76	3,8	13,48	8,8
Staatliche Mittel	57,96	33,5	44,46	32,6	51	31,8	53,73	35,5	54,1	35,3
Sonstige	22,66	13,1	0,98	0,7	0,81	0,5	0,65	0,4	0,8	0,5
Summe	172,664 Mio €		136,36 Mio €		160,36 Mio €		151,16 Mio €		152,63 Mio €	

Art der Einnahmen	2018		2017		2016		2015		2014	
	in	Anteil	in	Anteil	in	Anteil	in	Anteil	in	Anteil
	Mio €	in %	Mio €	in %	Mio €	in %	Mio €	in %	Mio €	in %

Mitgliedsbeiträge	37,7 4	25,6 2	37,5 7	23,9 8	37, 7	26,0 3	38,7 5	25,6 4	39, 3	28, 7
Mandatsträgerbeiträge	20,7 4	14,0 8	20,0 9	12,8 2	19, 4	13,3 9	17,5 3	11, 6	17, 2	12, 6
Spenden von natürlichen Personen	12,1 1	8,2 2	22,5 8	14,4 1	15,1 3	10,4 5	20,0 6	13,2 8	12,1 4	8, 9
Spenden von juristischen Personen	4,9 7	3,3 7	12,6 3	8,0 6	7,0 5	4,8 7	10,7 4	7,1 1	6,0 5	4, 4
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0,0 3	0,0 3	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0
Aus sonstigem Vermögen	1,7 4	1,1 8	2,0 2	1,2 9	2,3 2	1, 6	2, 8	1,8 6	3,4 4	2, 5
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	13,2 1	8,9 7	12,7 9	8,1 6	12,8 2	8,8 4	11,6 8	7,7 4	11, 7	8,5 4
Staatliche Mittel	56,1 4	38,1 0	48,3 6	30,8 6	49, 5	34,1 9	48,0 5	31, 8	46, 4	33,8 8
Sonstige	0,6 8	0,4 6	0,6 6	0,4 2	0,9 2	0,6 3	1,4 8	0,9 7	0, 8	0,5 7
Summe	147,3 Mio € 156,7 Mio € 144,83 Mio € 151,1 Mio € 137 Mio €									

Quellen:^[5]

*Anmerkung:*Die Angaben sind aufgerundet, Beispiel: Die Spenden von natürlichen Personen an die CDU im Jahr 2020 beliefen sich auf 17,986 Mio € und wurden auf 17,99 Mio € aufgerundet.

Verdacht der illegalen Einflussspende an die Berliner CDU

Christoph Gröner spendete 2020 insgesamt 820 Tsd. Euro an die Berliner CDU (320 Tsd. Euro als Privatperson und 500 Tsd. Euro über die Gröner Family Office GmbH); 2021 belief sich die Spende von Gröner auf 20 Tsd. Euro.^{[6][7]}

Die beiden Spenden von 2020 waren nach einem von LobbyControl beauftragten [Rechtsgutachten](#) wahrscheinlich illegal, weil damit Erwartungen verbunden waren, wie Gröner selbst 2021 öffentlich zugab.^[8]

Laut „Tagesspiegel“ vom 19.05.2023 beschäftigte sich der Deutsche Bundestag mit den Großspenden an die CDU.^[9] Der Vorgang sei ausgewertet worden, um über ein mögliches weiteres Vorgehen zu entscheiden. Transparency International hatte im Mai 2023 Bundestagspräsidentin Bärbel Bas in einem Brief aufgefordert, dass die Bundestagsverwaltung als zuständige Stelle die Parteispenden überprüfen solle.^[10] Ende Juli 2023 wurde bekannt, dass die Bundestagsverwaltung die Prüfung eingestellt hat. "Eine Stellungnahme der CDU habe den in Medienberichten geäußerten Verdacht eines möglichen Verstoßes gegen das Parteiengesetz ausgeräumt"^[11]

Anlass der Prüfung waren Recherchen des „Tagesspiegel“, nach denen sowohl Gröner als auch die CDU mehrfach gesagt haben, dass mit den Spenden Absprachen oder Bitten des Unternehmers verbunden seien.

- Im Podcast „Tacheles“ von Deutschlandfunk Kultur“ erklärte Gröner am 8. Mai 2021 zu seiner Großspende: "Ich habe der CDU drei Bedingungen gesetzt. Ich habe gesagt, ich möchte, dass die Kinder im Kinderheim, die behindert sind, genauso viel Geld für ihre Kleider kriegen wie die nichtbehinderten. Die kriegen nämlich 200 Euro weniger. Ich habe gesagt: Wenn das Bundesverfassungsgericht den Mietendeckel nicht abschafft, dann möchte ich auch, dass die CDU den nicht abschafft, aber modifiziert. ^[12]
- Im Tagesspiegel-Podcast „Berliner & Pfannkuchen“ erklärte Gröner in Bezug auf die Spenden: „Ich habe eine einzige Forderung an den Herrn Wegner gestellt, und die war die, dass ich gesagt habe: ‚Kinder im Kinderheim, die behindert sind, sollen bitte in Zukunft den gleichen Kleidersatz kriegen wie Kinder, die nicht behindert sind.‘ (...)“ Das ist sozusagen schriftlich fixiert.“ ^[13]
- Auch Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) bestätigte 2021 in einem [Interview](#), dass die Spende von Gröner mit Forderungen verbunden war.

Später bestritt Gröner, die Spenden an politische Forderungen geknüpft zu haben: Er habe im Zusammenhang mit den Spenden „nie eine Bitte geäußert, einen Wunsch erklärt, noch eine Bedingung gestellt. Und wenn ich etwas anderes gesagt habe, dann war es im Affekt (...)“. ^[14] Auch die Gröner Family Business Office GmbH bezeichnete eine Verbindung zwischen Spende und Forderung nun als falsch; es sei in der Öffentlichkeit eine Diskussion entstanden, die diesen Zusammenhang konstruieren möchte. ^[15] Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) erklärte, er sei nicht beeinflussbar. ^[16] Entscheidend sei, dass er politische Entscheidungen von einer solchen Spende nicht abhängig mache. Das werde er nie tun.

Laut LobbyControl offenbart der Fall Gröner große Mängel in der Kontrolle der [Parteienfinanzierung](#) in Deutschland: „Es ist hochproblematisch, wenn bei einer Spende in dieser Größenordnung Verstöße öffentlich zugegeben werden, und die zuständige Stelle davon nicht einmal Notiz nimmt. Das Parteiengesetz muss dringend reformiert werden. Es braucht schärfere Transparenzpflichten und schnellere Offenlegung sowie eine unabhängige und mit mehr Ressourcen ausgestattete Kontrolle. Aber das alleine reicht nicht aus. Spenden in dieser Höhe sind oft mit Erwartungen verbunden, die sich schwer kontrollieren lassen, Parteien aber in Abhängigkeiten bringen. Dies gilt besonders auf Landesebene, wo einzelne Spenden den Großteil des Wahlkampfbudgets einer Partei ausmachen können, wie auch im Fall Gröner. Das wirksamste Mittel, um dieses Problem zu bekämpfen, ist deshalb ein Parteispendendeckel. LobbyControl fordert eine Obergrenze von 50.000 Euro pro Spender:in pro Jahr.“ ^[17]

Hintergrundanalyse von LobbyControl zu Parteispenden inkl. Kritik an den Spenden von Gröner: [Die Parteispenden steigen, die Intransparenz bleibt](#)

Sponsoring

[Parteisponsoring](#) ist bislang nicht im Parteiengesetz geregelt und fällt daher nicht unter die Transparenzregeln, die für Parteispenden gelten. Die Sponsoren vergangener CDU-Parteitage lassen sich daher nur vereinzelt durch Fotos ausgestellter Sponsorentafeln bestimmen und können z.T. auf den Webseiten der Parteitage eingesehen werden:

- [Sponsoren des 25. Parteitags der CDU, 03.-05.12.2012](#)
- [Sponsoren des 29. Parteitags der CDU, 05.-07.12. 2016](#)

- [Sponsoren des 31. Parteitags der CDU](#), 07.-08.12. 2018
- [Sponsoren des 32. Parteitags der CDU](#), 22.-23.11.2019
- [Sponsoren Landesparteitag Baden-Württemberg](#), 23.01.2021
- [Sponsoren des 34. Parteitags der CDU](#), 22.01.2022

Wirtschaftsrat der CDU

Der [Wirtschaftsrat der CDU](#), eine Vorfeld-Organisation der CDU, ist eine wichtige Lobbyorganisation von unionsnahen Unternehmern. Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist. ^[18] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage eines CDU-Mitglieds aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg und wird weitere Schritte prüfen. Hierzu könnte etwa eine erneute Klage eines Parteimitglieds mit Delegiertenstatus vor dem Parteigericht oder der Gang vor das Zivilgericht gehören. ^[19]

Bundvorsitzender Merz

[Friedrich Merz](#), Bundvorsitzender der CDU und Kanzlerkandidat der Union, war Top-Lobbyist und seit 1999 Präsidiumsmitglied und seit 2019 Vizepräsident des [Wirtschaftsrats](#). Nach Kritik durch [LobbyControl](#) im Jahr 2021 gab er beide Posten auf. ^[20]

Generalsekretär Linnemann

Generalsekretär [Carsten Linnemann](#) war bis 2021 Vorsitzender der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) der CDU

Bundesgeschäftsführer Birkenmaier

Phiipp Birkenmaier war u.a. Leiter des Arbeitsstabs Mittelstandsstrategie im Bundesministerium für Wirtschaft (2019-2020) und Geschäftsführer des Parlamentskreises Mittelstand bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (2012-2019) ^[21]

Beteiligungen an Unternehmen

Laut [Rechenschaftsbericht 2022](#) hält die CDU Mehrheitsbeteiligungen an den folgenden Unternehmen:

- [Union Betriebs GmbH](#), Rheinbach (Medienunternehmen)
- Kommunal-Verlag GmbH (Medienunternehmen), Berlin
- CDA Verlagsgesellschaft mbH (Medienunternehmen), Berlin
- Verlags- und Werbegesellschaft für politische Meinungsbildung mbH (Medienunternehmen) , Wiesbaden
- Domizil Verwaltungs- und Verlagsgesellschaft Niederdeutsche Stimmen GmbH, Hannover
- Verlag für Landespolitik und Werbung GmbH (Medienunternehmen), Kiel
- V-G-B Verwaltungsgesellschaft für Grundstücke und Beteiligungen mbH, Düsseldorf

- Kommunalpolitische Vereinigung Dienstleistungs- und Beratungsgesellschaft mbH, Recklinghausen

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Wahlprogramm von CDU und CSU](#), cdu.de, abgerufen am 18.02.2025
2. ↑ [Programm der Unionsparteien zur Bundestagswahl 2017, pdf \(630 kB\)](#), abgerufen am 25.08.2017
3. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollen die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 28.07.2022
6. ↑ [Gröner Family Office GmbH](#), lobbypedia.de, abgerufen am 25.06.2023
7. ↑ [Parteispenden über 50.000 Euro 2020](#), bundestag.de, abgerufen am 25.06.2023
8. ↑ [Gröner-Spenden an die CDU: Parteien, verklagt den Bundestag!](#) www.lobbycontrol.de vom 13.09.2023, abgerufen am 27.03.2024
9. ↑ [Nach widersprüchlichen Aussagen Bundestag wertet umstrittene Gröner-Spenden an Berliner CDU aus](#), tagesspiegel.de vom 19.05.2023
10. ↑ [Gröner-Spenden an CDU: Transparency International fordert Bundestagsverwaltung zur Prüfung auf](#), transparency.de vom 17.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
11. ↑ [Keine "Einflusssspende"](#) www.sueddeutsche.de vom 27.07.2023, abgerufen am 27.07.2023
12. ↑ [Vom Versagen der Politik und dem Wusch zu bauen](#), deutschlandfunkkultur.de vom 08.05.2021, abgerufen am 01.07.2023
13. ↑ [800.000-Euro-Spende an die CDU](#), tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
14. ↑ [800.000-Euro-Spende an die CDU](#), tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
15. ↑ [800.000-Euro-Spende an die CDU](#), tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
16. ↑ [Wegner dementiert Bedingungen eines Unternehmers für Parteispende](#), rbb24.de vom 21.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
17. ↑ [Pressemitteilung vom 19.05.2023](#), abgerufen am 01.07.2023
18. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022
19. ↑ [Pressemitteilung vom 28.04.2023](#), abgerufen am 29.04.2023
20. ↑ [LobbyControl auf Twitter am 15.12.2022](#), abgerufen am 04.08.2022
21. ↑ [Dr. Philipp Birkenmaier](#), linkedin.com, abgerufen am 01.12.2024

Jürgen Rüttgers

Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Jürgen Rüttgers (* 26. Juni 1951 in Köln), langjähriger CDU-Politiker, Ex-Bundesminister und Ministerpräsident von NRW. Aktuell Mitglied des Landtags NRW und Berater bei der Kanzlei **BEITEN BURKHARDT**.



Jürgen Rüttgers 2010, Foto:
[Dirk Vorderstraße](#)

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	18
2 Verbindungen / Netzwerke	19
3 Fälle	19
3.1 2011: Kandidat für den EU-Lobbyisten der Bahnbranche	19
3.2 2011: Wechsel in die Privatwirtschaft	19
3.3 2010: CDU-Parteitag Sponsoring-Affäre	19
3.4 2005: Wählerinitiative-Affäre	20
4 Weiterführende Informationen	20
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	20
6 Einzelnachweise	20

Karriere

- seit März 2011 Rechtsanwalt in der Kanzlei **BEITEN BURKHARDT**
- 2005–2010 **Ministerpräsident Nordrhein-Westfalen**
- seit 2000 Mitglied des Landtags NRW
- 2000–2010 Stellv. Vorsitzender der CDU Deutschland
- 2000–2005 CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag von NRW
- 1999–2010 CDU-Landesvorsitzender NRW
- 1998–2000 Stellv. CDU-Fraktionsvorsitzender im Bundestag
- 1994–1998 **Bundesminister für Forschung, Bildung, Wissenschaft und Technologie**
- 1987–2000 Mitglied des Bundestags
- 1980–1986 Vorsitzender der JU Rheinland
- 1979 Promotion (Jura)

Quellen:^{[1][2][3]}

Verbindungen / Netzwerke

Nicht nur durch seine langjährige politische Karriere, auch durch sein Engagement in zahlreichen Stiftungen ist Rüttgers gut mit der Wirtschaft vernetzt. So sitzt er unter anderem bei der Krupp-Stiftung und bei der Telekom-Stiftung im Kuratorium.^[4] Zudem sitzt er im Aufsichtsrat der Beteiligungsgesellschaft CFC.^[5]

Fälle

2011: Kandidat für den EU-Lobbyisten der Bahnbranche

Die Deutsche Bahn hat Rüttgers ins Rennen um den Posten des Exekutivdirektors des europäischen Bahnverbands CER (**Community of European Railway and Infrastructure Companies**) geschickt, also des obersten EU-Lobbyisten der Bahnbranche. Nach einem Bericht der Wirtschaftswoche vom 16.4.2011 habe er allerdings trotz Unterstützung aus dem Kanzleramt keine Chance. Die endgültige Entscheidung fällt bei der CER-Hauptversammlung am 3. Mai.^[6]

Die Wechsel von Politikern in Lobby-Tätigkeiten sind generell problematisch. Rüttgers möglicher Wechsel zur Bahnlobby hat aber einen besonderen Beigeschmack: die Deutsche Bahn hat sich in den letzten Jahren heftig mit dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr um die Ausschreibung und die Kosten für den Betrieb der S-Bahn in NRW gestritten. Die Bahn möchte dabei ihr lukratives Geschäft im öffentlichen Nahverkehr gegen verschärfte Konkurrenz und Preisdruck schützen. In diesem Streit hat sich der damalige Abteilungsleiter im Verkehrsministerium, **Oliver Wolff**, während Rüttgers Regierungszeit nach Medienberichten für die Deutsche Bahn stark gemacht (statt für den NRW-Verkehrsverbund).^[7] Wolff wechselte dann Ende 2010 als Hauptgeschäftsführer zum **Verband Deutscher Verkehrsunternehmen** (VDV).^[8] Der VDV organisiert die Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs und des Güterverkehrs mit Schwerpunkt Eisenbahngüterverkehr, größter Beitragszahler ist laut WAZ die Deutsche Bahn.^[9]

2011: Wechsel in die Privatwirtschaft

Seit dem 1. März 2011 arbeitet Rüttgers als Rechtsanwalt für die Kanzlei **BEITEN BURKHARDT**. „Die Sozietät wird von seinen langjährigen Kontakten und weitreichenden Erfahrungen, gerade im öffentlichen Recht und im Wirtschaftsrecht profitieren“ steht in der Pressemeldung zu Rüttgers Einstellung.^[3] Sein Landtagsmandat will Rüttgers nicht abgeben. Die Rheinische Post erwähnt in diesem Zusammenhang den Titel von Rüttgers Doktorarbeit: „Das Verbot parteipolitischer Betätigung im Betrieb.“^[10]

2010: CDU-Parteitag Sponsoring-Affäre

Im Februar 2010 geriet Rüttgers in die Schlagzeilen, da seine Partei für den NRW-Parteitag am 20. März nicht nur Ausstellungsflächen an Unternehmen vermietete, sondern auch „Einzelgespräche mit dem Ministerpräsidenten und den Minister/innen.“^{[11][12]} Daraufhin entließ er den damaligen Generalsekretär von Nordrhein-Westfalen, **Hendrik Wüst**.^[13]

2005: Wählerinitiative-Affäre

Die CDU hatte 2005 vor der Landtagswahl in NRW mit der Frankfurter Werbeagentur **Equipe** einen mit 40.000 Euro dotierten Vertrag abgeschlossen. Dies wurde erst vor der Landtagswahl 2010 bekannt.^[14] Die Werbeagentur initiierte zusammen mit **Tim Arnold** daraufhin die vermeintlich parteiunabhängige Wählerinitiative „Wähler für den Wechsel.“ Diese „Wähler“ sammelten Geld für Anzeigen zugunsten Rüttgers und spannten auch Prominente in den Wahlkampf ein.^[15] Der damalige CDU-Generalsekretär **Andreas Krautscheid** bestätigte, dass die Partei schon in einer frühen Wahlkampfphase in die Pläne zur Gründung der Initiative eingeschaltet gewesen sei.^[16]

Weiterführende Informationen

- [Biografie Jürgen Rüttgers auf geschichte.nrw.de](#), abgerufen am 16.03.2011
- [Parteitag absurd: CDU vermietet Rüttgers](#), lobbycontrol.de vom 23.02.2010
- [Wählerinitiative für Rüttgers täuschte 2005 die Öffentlichkeit](#), lobbycontrol.de vom 04.05.2010

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Lebenslauf von 2009](#) Abgerufen am 16.03.2011 von der Homepage der Konrad Adenauer Stiftung.
2. ↑ [Biografie bei Who is who](#) Abgerufen am 16.03.2011.
3. ↑ ^{3,03,1} [Dr. Jürgen Rüttgers kommt zu BEITEN BURKHARDT](#) Pressemeldung, abgerufen am 16.03.2011
4. ↑ [Abgeordnetensteckbrief des Landtags](#) Abgerufen am 16.03.2011
5. ↑ [CFC-Aufsichtsrat](#) Abgerufen von cfc.eu.com am 16.03.2011
6. ↑ [Rüttgers scheitert im Kampf um Bahnlobby-Posten](#), Wirtschaftswoche Online vom 16.4.2011, abgerufen am 18.4.2011
7. ↑ [Die Bahn will ihre Vormachtstellung zementieren](#), WAZ online vom 07.12.2010 sowie [Das NRW-Kartell](#), Der Spiegel vom 7.12.2010 und [die Bahn Wettbewerb im Nahverkehr verhindert](#), Spiegel Online vom 13.12.2010, alle abgerufen am 18.4.2011
8. ↑ [Oliver Wolff wird neuer VDV-Hauptgeschäftsführer](#), VDV-Pressemitteilung vom 18.11.2010, abgerufen am 18.4.2011
9. ↑ [Die Bahn will ihre Vormachtstellung zementieren](#), WAZ online vom 07.12.2010, abgerufen am 18.4.2011
10. ↑ [Rüttgers wird Wirtschafts-Anwalt](#) Artikel Rheinische Post vom 02.03.2011, abgerufen am 16.03.2011
11. ↑ [NRW-CDU verkauft Gesprächstermine mit Rüttgers](#) Spiegel Online vom 20.02.2010, abgerufen am 16.03.2011
12. ↑ [Intim mit Rüttgers für 6.000 Euro](#) taz.de vom 22.02.2010, abgerufen am 16.03.2011
13. ↑ [Klüngel in Nordrhein-Westfalen: Die Verlegerregierung](#) blogs.taz.de vom 31.09.2017, abgerufen am 18.09.2017

14. ↑ [Rüttgers CDU sponsert schon wieder](#) taz.de vom 03.05.2010, abgerufen am 16.03.2011
15. ↑ [Die Boygroup des Ministerpräsidenten](#) taz.de vom 22.02.2006, abgerufen am 21.03.2011
16. ↑ [Rüttgers' CDU in Finanzaffäre verwickelt](#) Spiegel Online vom 01.05.2010, abgerufen am 16.03.2011

Atlantik-Brücke

Die **Atlantik-Brücke** ist ein Verein, dem führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, den Streitkräften, der Wissenschaft, den Medien und der Kultur angehören, die über das gemeinsame Netzwerk gesellschaftspolitischen Einfluss nehmen und Kontakte pflegen. Neben Entscheidungsträgern aus diesen Bereichen, die bei der Atlantik-Brücke einen Rahmen für vertrauliche Gespräche finden, gehören zu dem Verband aber auch Nachwuchsführungskräfte, die auf den „Young Leaders“-Konferenzen Netzwerke schmieden.^[1] Unter den Mitgliedern spielen Spitzenmanager und diesen nahestehende Politiker eine herausragende Rolle. Der Vorsitzende, Bundesminister a.D. [Sigmar Gabriel](#), ist ein mit der Wirtschaftslobby bestens vernetzter ehem. hochrangiger SPD-Politiker. Bis 2019 hielt [Friedrich Merz](#) diese Stelle inne.

Atlantik-Brücke e.V.

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich
reich

Gründungsdatum 1952

Hauptsitz Magnus-Haus, Am Kupfergraben
7, 10117 Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadresse atlantik-bruecke.org

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. **Dankeschön!**



Jetzt spenden!

Inhaltsverzeichnis

1 Einflussnahme und Lobbystrategien	22
1.1 Netzwerk der Mitglieder	22
1.2 Netzwerk der Alumni (Global Bridges)	22
2 Fallstudien und Kritik	23
3 Organisationsstruktur und Personal	23
3.1 Geschäftsführender Vorstand	23
3.2 Stiftung Atlantik-Brücke	23
3.3 International Advisory Council	25
3.4 Netzwerk der Alumni (Global Bridges)	26
4 Kurzdarstellung und Geschichte	26
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	26
6 Einzelnachweise	26

Einflussnahme und Lobbystrategien

Zu den Aktivitäten der Atlantik-Brücke gehören Konferenzen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Studienreisen, Preisverleihungen und das Young-Leaders-Programm.

- Mit der Schwesterorganisation **American Council on Germany** (ACG) führt die Atlantik-Brücke jährlich Deutsch-Amerikanische Konferenzen durch.^[2] Seit 2005 veranstalten die beiden Organisationen jeweils ihre eigenen Young Leaders-Konferenzen.
- Mit Institutionen wie der **Münchner Sicherheitskonferenz** oder der **American Chamber of Commerce in Germany** gibt es strategische Kooperationen.^[3]
- Mit dem Oberkommando der US-Armee in Europa **U.S. European Command** wird seit 1990 jährlich ein Expertengespräch in Berlin geführt.

Netzwerk der Mitglieder

Die rund **500 Mitglieder** der Atlantik-Brücke kommen überwiegend aus der Wirtschaft. Nach der bei Wikipedia veröffentlichten **Liste von Mitgliedern** waren 2010 über die Hälfte der Mitglieder in der Wirtschaft tätig. Mehr als die Hälfte der Dax-30-Unternehmen sind Mitglieder.^[4] Die nächst größten Berufsgruppen sind die freien Berufe, Politiker*innen und Medienvertreter*innen.

Die Mitgliederzahl ist beschränkt, um die Exklusivität des Vereins zu wahren. Laut § 4 der Satzung wird die Mitgliedschaft durch Wahl durch den Vorstand (sog. Kooptation) erworben.^[5]

Im Mai 2015 entbrannte ein Streit in der **Linkspartei** um die Mitgliedschaft des Bundestagsabgeordneten **Stefan Liebich**. Mitglieder forderten die Rückgabe des Bundestagsmandats aufgrund der Mitgliedschaft Liebichs im Verein, der aus den Reihen der Linkspartei kritisiert wird.^[6]

Netzwerk der Alumni (Global Bridges)

2010 gründeten Mitglieder der Atlantik-Brücke den Verein "Atlantik Forum", um das weltweite Netzwerk der 2000 Teilnehmer von Young Leaders-Konferenzen, die sog. Young-Leaders Alumni, besser managen zu können.^[7] In das Netzwerk aufgenommen wird nur, wer zwischen 28 und 35 Jahre alt ist und es beruflich schon zu etwas gebracht hat.^[8] Wer einmal als Young Leader aufgenommen wurde, bleibt es sein Leben lang. Im Juli 2012 wurde der Verein in Global Bridges e.V. umbenannt. In diesem Netzwerk sind nicht nur Young Leaders-Alumni Mitglieder, sondern auch einflussreiche Persönlichkeiten aus dem transatlantischen Raum sowie Asien (insbesondere China) und Osteuropa. Zu den Alumni gehören u.a. Bundesbankpräsident **Jens Weidmann**^[9], der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer AG, **Mathias Döpfner**^[10], Bundesinnenminister **Thomas de Maizière**^[11], Staatsminister a. D. und Daimler-Lobbyist **Eckart von Klaeden**^[12], die CDU-Politikerin **Julia Klöckner**^[13] und der Grünen-Politiker **Cem Özdemir**^{[14][15][16]}. Es ist geplant, Global Bridges nach Indien, Lateinamerika und Südafrika zu erweitern.

Fallstudien und Kritik

- Die Atlantik-Brücke ist ein entschiedener Befürworter des Freihandelsabkommens [Transatlantic Trade and Investment Partnership](#) (TTIP)^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführender Vorstand

Stiftung Atlantik-Brücke

Es existiert ebenfalls eine Stiftung des gleichen Namens, welche über eigene Gremien verfügt.

Fu

nkt Name

ion

Verbindungen

Vor

sitz

en

der

[Sigmar Gabriel](#)

- ehem. Vizekanzler und SPD-Bundesvorsitzender
- [Trilaterale Kommission](#) und [European Council on Foreign Relations](#), Mitglied
- [Deutsche Bank](#), Aufsichtsrat
- *International Crisis Group*, Kuratoriumsmitglied
- [Deloitte](#), Beiratsmitglied
- *Eurasia Group*, Politikberater
- Autor für die *Holtzbrinck-Medien* *Handelsblatt*, *Der Tagesspiegel*, *Die Zeit*

Ste
llv.
Vor
sitz
en
der

Michael Hüther

- Institut der deutschen Wirtschaft
Köln, Direktor

Ste
llv.
Vor
sitz
en
der

Norbert Röttgen

- CDU, Mitglied des Bundestages
- ehem. Bundesminister für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2009 - 2012)

Sc
hat
zm
eis
teri
n
Ge
sch
äft
sfü
hre
rin

Ute Wolf

- Finanzvorstand, Evonik Industries, Essen

Julia Friedlander

Weitere Vorstandsmitglieder u.a. Angelika Gifford, Meta, Tina Hassel, ARD-Hauptstadtstudio, Metin Hakverdi, MdB (SPD), Wolfgang Ischinger, Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz, Alexander Graf Lambsdorff, MdB (FDP), Eveline Metzen, Google, James von Moltke, Deutsche Bank, Omid Nouripour, MdB (Bündnis 90/ Die Grünen), Julie Linn Teigland, Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, atlantik-bruecke gremien [\[1\]](#)

Vorstand der Stiftung Atlantik-Brücke

Vorsitzender

Andreas
Dombret

Deutsche Bundesbank, ehem. Mitglied des Vorstands

Stellv. Vorsitzender

Christian
Lange

SPD-Politiker, ehem. Parlamentarischer Staatssekretär

Stellv. Vorsitzende

Christine C.
Graeff

Mitglied der Geschäftsleitung der Credit Suisse Group

Kuratorium der Stiftung

Vorstand der Stiftung

Atlantik-Brücke

Atlantik-Brücke

Vorsitzender	Jürgen Großmann	Alleingesellschafter der Georgsmarienhütte Holding
Stellv. Vorsitzender	Arend Oetker	<ul style="list-style-type: none"> Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) Konzernchef der Dr. Arend Oetker Holding GmbH
	Roland Berger	<ul style="list-style-type: none"> Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) Honorary Chairman der Roland Berger GmbH
	Jürgen H. Conzelmann	Haus & Grund Frankfurt am Main, CEO
	Jürgen R. Großmann	<ul style="list-style-type: none"> ehem. Vorstandsvorsitzender der RWE RAG-Stiftung, Vorsitzender des Kuratoriums
	Axel Hörger	Lombard International Assurance S.A., Luxemburg, Vorsitzender des Vorstands
	Hans-Ulrich Klose	<ul style="list-style-type: none"> ehem. Bürgermeister von Hamburg (SPD) Atlantische Initiative, Mitglied des Beirats
	Thomas Rodermann	Quintet Private Bank (Muttergesellschaft von Merck Finck), Vorstandsmitglied
	Lutz Raettig	Morgan Stanley , Vorsitzender des Aufsichtsrats
	Peter Wittig	<ul style="list-style-type: none"> ehem. Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington, DC Schaeffler AG, Senior Advisor Global Affairs

Weitere Mitglieder des Kuratoriums

(Stand: August 2022) Quelle: ^[18]

International Advisory Council

- Ferdinando Becalli-Falco, GE International, Brüssel
- Michael Behrendt, Hapag-Lloyd, Hamburg
- [Roland Berger](#), Roland Berger Strategy Consultants, München
- Günter Blobel, Rockefeller University, New York, NY
- John E. Bryson, USA, Edison International, Rosemead, CA
- James L. Jones (Mitgliedschaft ruht während seiner Amtszeit als National Security Advisor)
- Frederick Kempe, Präsident und CEO des [Atlantic Council](#) of the United States, Washington, DC

- Willem Mesdag, Red Mountain Capital Partners LLC, Los Angeles, CA
- Philip D. Murphy (Mitgliedschaft ruht während seiner Amtszeit als Botschafter der USA in Deutschland)
- **Arend Oetker**, Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG, Berlin
- Ekkehard D. Schulz, ThyssenKrupp AG, Düsseldorf
- Rupert Stadler, Audi AG, Ingolstadt
- Ulrich Steger, Professor Emeritus, IMD International, Lausanne, Schweiz
- Ratan N. Tata, Tata Sons Limited, Mumbai
- Werner Wenning, **Bayer** AG, Leverkusen

(Stand: Januar 2013/ ab 2016 waren die Mitglieder auf der eigenen Webseite nicht mehr abrufbar) Quelle:
^[19]

Netzwerk der Alumni (Global Bridges)

Der Vorstand besteht aus

- Hans Albrecht, Chairman, Geschäftsführer Nordwind Capital
- Beate Lindemann, Executive Vice-Chairman
- **Michael Vassiliadis**, Vice-Chairman, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums der RAG-Stiftung
- Herbert Palmberger, Schatzmeister, Partner von Heuking Kühn Luer Wotjekx

(Stand: April 2020) Quelle:^[20]

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Atlantik-Brücke wurde 1952 von den beiden Bankiers Eric Warburg und Gotthard von Falkenhausen, den Zeit-Journalisten Marion Gräfin Dönhoff und Ernst Friedländer sowie den Unternehmern Eric Blumenfeld und Hans-Karl von Borries gegründet.^[21] Als Schwesterorganisation wurde der **American Council on Germany** (ACG) ins Leben gerufen. Atlantik-Brücke und ACG gründeten 1973 gemeinsam das "Young Leaders-Programm".^[22]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Über uns, Webseite Atlantik-Brücke](#), abgerufen am 18. 04. 2020
2. ↑ [Deutsch-Amerikanische Konferenz 2014, Webseite Atlantik-Brücke](#), abgerufen am 14.04.2020
3. ↑ [Interview mit Friedrich Merz: Zwischen Tradition und Neubeginn](#), Webseite Atlantik-Brücke, archiviert auf www.archive.org, abgerufen am 23.04.2020
4. ↑ [Interview mit Friedrich Merz: Zwischen Tradition und Neubeginn](#), Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 23.04.2020
5. ↑ [Satzung gemäß Beschluss vom 20.01.2010](#), Webseite Wikipedia, abgerufen am 23.04.2020

6. ↑ [Gysi stellt sich vor Liebich](#), Neues Deutschland, 9. Mai 2015, zuletzt aufgerufen am 23.04.2020
7. ↑ [About Global Bridges e.V., Webseite Global Bridges](#), abgerufen am 23.04.2020
8. ↑ [Serie Tickets zur Macht IV Wo die junge Elite zusammenkommt](#), Wirtschaftswoche online 30.03.2013, abgerufen am 23.04.2020
9. ↑ [Serie Tickets zur Macht IV Wo die junge Elite zusammenkommt](#), Wirtschaftswoche online 30.03.2013, abgerufen am 23.04.2020
10. ↑ [Mächtige Allianz](#), manager magazin online 21.03.2003, abgerufen am 20.10.2016
11. ↑ [Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010](#), 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
12. ↑ [Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010](#), 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 18.10.2016
13. ↑ [Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010](#), 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 18.10.2016
14. ↑ [Atlantik-Brücke's Young Leaders Program Some Prominent Young Leaders Alumni](#), atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
15. ↑ [Atlantik Forum e.V. in: Jahresbericht Juni 2010 bis Juni 2011](#), atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
16. ↑ [American-German Young Leaders Conference The 2011 Young Leaders Delegation](#), acgusa.org, abgerufen am 23.04.2020
17. ↑ [Burkhard Schwenker: Warum wir TTIP jetzt brauchen](#), Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 23.04.2020
18. ↑ [Gremien der Stiftung Atlantik-Brücke](#) Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 30.08.2022
19. ↑ [Webseite Atlantik-Brücke - International Advisory Council](#) abgerufen am 24.04.2020
20. ↑ [About Global Bridges e.V., Webseite Global Bridges](#), abgerufen am 23.04.2020
21. ↑ [Jahresbericht 2012](#), atlantik-bruecke.org, abgerufen am 20.10.2016
22. ↑ [American-German Young Leaders Conference](#), Webseite American Council on Germany, abgerufen am 10.12.2015

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Die **Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP)** ist ein Thinktank, der sich als nationales Netzwerk für deutsche Außen- und Sicherheitspolitik versteht. Zu den Mitgliedern der DGAP zählen sowohl natürliche Personen als auch Unternehmen. ^[1]

Die DGAP finanziert sich neben Projektmitteln und Bundeszuschüssen maßgeblich durch den Fördererkreis. Zu den Förderern gehören auch Unternehmen der Rüstungswirtschaft. ^[2]

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)

Rechtsform	Eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Forschung zu Außen- und Sicherheitspolitik
Gründungsdatum	1955
Hauptsitz	Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro	
EU	
Webadresse	www.DGAP.org

Das Präsidium der DGAP besteht u.a. aus aktiven und ehemaligen Politiker:innen. Die DGAP agiert somit als Forum, in welchem exklusive Treffen zwischen Politiker:innen sowie Vertreter:innen der (Rüstungs-) Wirtschaft ermöglicht werden.

Lobbyisten in Ministerien



- Überblick A-Z
- Problembeschreibung

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Aktivitäten	28
2 Struktur und Finanzen	28
2.1 Vorstand	28
2.2 Präsidium	29
2.3 Mitglieder	29
2.4 Finanzierung	29
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	29
4 Fallbeispiele und Kritik	30
4.1 Lobbyisten in Ministerien	30
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	30
6 Einzelnachweise	30

Kurzdarstellung und Aktivitäten

Die DPAG unterhält ein eigenes Forschungsinstitut mit außenpolitischen ExpertInnen, das jährlich zahlreiche Studien und Analysen zu aktuellen außenpolitischen Themen veröffentlicht. Darüber hinaus betreibt sie die einzige öffentlich zugängliche Bibliothek zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik und gibt die Zeitschrift "Internationale Politik" (IP) heraus. Unter Beteiligung von hochrangigen Entscheidern aus Politik und Wirtschaft organisiert und moderiert sie in zahlreichen Fachkonferenzen, Gesprächskreisen sowie Studien- und Projektgruppen die Diskussion außenpolitischer Themen

Im Rahmen von Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Kamingespräche erhalten die Mitglieder der DGAP Gelegenheit, sich mit hochrangigen Entscheidern aus dem In- und Ausland über Grundfragen und aktuelle Themen der Außenpolitik auszutauschen..

Struktur und Finanzen

Vorstand

- Präsident: **Thomas Enders**, ehem. Vorstandsvorsitzender von Airbus ^{[3][4]}
- Vizepräsident: **Rolf Nikel**, ehm. dt. Botschafter in Polen

- Schatzmeister: [Georg Waldersee](#)
- [Jutta von Falkenhausen](#)
- [Carsten Berger](#)
- [Geraldine Schroeder](#)
- [Daniela Schwarzer](#)
- [Veronika Grimm](#)

Präsidium

- [Jürgen Hardt](#)
- [Wolfgang Ischinger](#)
- [Eckart von Klaeden](#)
- [Elmar Brok](#) (ehem. Mitglied)
- [Alexander Graf Lambsdorffs](#)
- [Joachim Lang](#)
- [Anja Langenbucher](#)
- [Claudia Nemat](#)
- [Christopher von Oppenheim](#)
- [Norbert Röttgen](#)
- [Jürgen Trittin](#)
- [Nathalie Tocci](#)
- [Johann Wadephul](#)

Der vollständige Liste des Vorstands und des Präsidiums sind hier ^[5] abrufbar.

Mitglieder

Bei der DPAG gibt es persönliche Mitgliedschaften sowie Mitgliedschaften für Unternehmen, Institutionen, Journalisten und Botschaften. Die Gesamtzahl der Mitglieder liegt bei über 2.500. (Stand: Ende 2014). Zu den Großspendern (Spenden mit über 100.000 Euro) gehören [Airbus](#), das Auswärtige Amt, die [BMW Stiftung](#) [Herbert Quandt](#), die [Robert-Bosch-Stiftung](#), die [Deutsche Bank](#), die [Dr. Arend Oetker Holding](#) und die [Otto Wolff Stiftung](#).

Finanzierung

Die Arbeit der DGAP wird durch die Beiträge ihrer Mitglieder, eine institutionelle Förderung des Auswärtigen Amtes sowie durch die Unterstützung zahlreicher Stiftungen, Botschaften, Verbände und international agierender Unternehmen finanziert.

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Die DPAG ist Teil des [Transatlantic Policy Network](#) (TPN). Gemeinsam mit dem Initiativkreis Zukunft (IKZ) der [Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik](#) und den Young Leaders des [Förderkreises Heer](#) organisiert sie die Veranstaltungsreihe „Berliner Querschuss“. ^[6]

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Die DGAP hatte einen Mitarbeiter im Außenministerium.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	03.10.2008 - 17.08.2011 ^[7]
Mitarbeiter	wissenschaftlicher Mitarbeiter
Bearbeitete Themen	Einsatz Deutsche Botschaft Hanoi, Tätigkeit als Leiter des Wissenschaftsreferates der Botschaft

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [DGAP-Präsidium](#) dgap.org, abgerufen am 10.01.2024
2. ↑ [Fördererkreis der DGAP](#) dgap.org, abgerufen am 10.01.2024
3. ↑ [Thomas Enders](#) helsing.ai, abgerufen am 18.01.2024
4. ↑ [Ex-Airbus-CEO Enders soll Aufsichtsratschef werden](#) handelsblatt.com, abgerufen am 18.01.2024
5. ↑ [Die Organe der Gesellschaft](#), dgap.org, abgerufen am 17.01.2024
6. ↑ [IKZ Berliner Querschuss](#), dwt-sgw.de von 2018, abgerufen am 14.04.2022
7. ↑ Bundesministerium des Innern: Erster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Januar 2008 – 31. August 2008, Stand 29.09.2008

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist einer der einflussreichsten Lobbyverbände in Deutschland. Er ist kein Gremium innerhalb der CDU, sondern zählt als Vorfeld-Organisation der Partei.

Mit einem Gesamtbudget von 20 Mio. € in 2024^[1] und engsten persönlichen Verbindungen zur Bundesregierung gehört der Wirtschaftsrat zu den mächtigsten Lobbyorganisationen in Deutschland. Vier Mitglieder des Kabinetts Merz (inkl. Merz selbst) hatten vorher Funktionärsrollen beim Wirtschaftsrat.^[2]

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
Gründungsdatum	1963

Auch wenn eine Parteimitgliedschaft nicht notwendig ist, sind viele aktive CDU-Politiker ebenfalls Mitglieder des Wirtschaftsrats. Die prominentesten Beispiele sind der Bundestagsabgeordnete Christian Freiherr von Stetten (Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses) ^{[3][4]}, sowie der CDU-Bundesvorsitzende [Friedrich Merz](#), der bis November 2021 sogar Vizepräsident des Wirtschaftsrats war. ^[5]

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische "Erfolge" etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags. ^[6] Durch zielgerichtetes Framing bremst der Wirtschaftsrat Klimaschutz aus. ^[7]

Der Wirtschaftsrat hat einen Dauergaststatus im CDU-Bundesvorstand. Dieses Privileg gibt es auch in einigen Bundesländern. In ihnen sitzen dann Landesverbandspräsident:innen des Wirtschaftsrats im CDU-Landesvorstand. ^{[8][9][10][11]} In Bayern ist anstelle des Wirtschaftsrats der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) tätig, welcher der CSU nahe steht. ^[12]

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Hauptsitz Bundesgeschäftsstelle, Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Lobbybüro
Lobbybüro EU
Webadresse www.wirtschaftsrat.de

Inhaltsverzeichnis

1 Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser	31
2 Aktivitäten	32
3 Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand	33
4 Geschichte	33
5 Fallstudien und Kritik	34
5.1 Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen	34
5.2 Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser	34
5.3 Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie	36
5.4 Gegner des Lieferkettengesetzes	36
6 Finanzen	37
7 Zitate	37
8 Organisationsstruktur und Personal	37
9 Mitglieder	44
10 Die Landesverbände	44
11 Netzwerke	45
11.1 Wirtschaftsbeirat Bayern	45
11.2 Ludwig-Erhard-Stiftung	45
12 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	46
13 Einzelnachweise	46

Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser

Mitte März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine neue [Studie zum CDU-Wirtschaftsrat](#). In dieser Studie wird die Struktur und Finanzierung des Wirtschaftsrats deutlich und seine Arbeitsweise sowie Nähe zur CDU wird beleuchtet. Einen besonderen Fokus liegt dabei auf der Rolle des Wirtschaftsrats als Bremser des

Klimaschutz. Die Studie kritisiert, dass in der medialen Berichterstattung häufig nicht sichtbar ist, dass der Wirtschaftsrat kein parteiinternes Gremium der CDU ist. Der Verband wird nur selten als CDU-naher Verband bezeichnet und fast ebenso häufig mit der CDU gleichgesetzt.^[13] Die Studie legt dar: Durch seine rechtliche Form eines Berufsverbandes unterscheidet sich der Wirtschaftsrat grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist. In beiden Vereinen ist eine Parteimitgliedschaft allerdings keine Voraussetzung. Als Berufsverband genießt der Wirtschaftsrat Steuervorteile. Diese gehen allerdings nicht mit besonderen Rechenschaftspflichten einher, wie sie etwa für Parteien gelten. Demzufolge ist der Wirtschaftsrat nicht verpflichtet seine Finanzierung offenzulegen. Anders als bei gemeinnützigen Vereinen gibt es keinerlei Beschränkungen in der politischen Tätigkeit. Das ist ein klarer Vorteil. Der Wirtschaftsrat selbst steht für einen problematischen fließenden Übergang zwischen Partei und Lobbyverband. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats ist beratendes Mitglied im Parteivorstand der CDU. Die Partei trennt hier nicht sauber zwischen Partei- und Nichtparteioorganisationen und verleiht dem Wirtschaftsrat dadurch eine Sonderstellung. Der Verband spiegelt keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Interessen wieder.^[14]

Aktivitäten

Laut [Lobbyregister](#) hat der Wirtschaftsrat die Aufgabe, die Berufs- und Standesinteressen seiner unternehmerischen Mitglieder wahrzunehmen und zu koordinieren und zu diesem Zweck an der Verwirklichung und Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft mitzuarbeiten. Dem Vereinszweck dienen insbesondere

- Maßnahmen zur Unterstützung des freiheitlichen, sozialverpflichteten Unternehmertums auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft
- Zusammenarbeit mit den Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen in allen berufsständischen und wirtschaftspolitischen Belangen
- Beratung wirtschaftspolitischer Fachgremien
- Veranstaltungen, Seminare und Arbeitskreise über berufsständische und wirtschaftspolitische Fragen
- Öffentlichkeitsarbeit

Der Wirtschaftsrat beschäftigt sich mit den folgenden [Themen](#): Außenhandel, Demografie, Finanzen, Industrie, Infrastruktur und Innovation. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Hierzu gehören: Wirtschaftstag, Norddeutscher Wirtschaftstag, Süddeutscher Wirtschaftstag, Wirtschaftstag der Innovationen, Energieklausurtagung, Finanzmarktklausur, Gesundheitssymposium, Junger Wirtschaftstag. Mit seinen [Positionspapieren](#) nimmt der Wirtschaftsrat zu aktuellen Themen Stellung. Außerdem wird das „Trend - Magazin für Soziale Marktwirtschaft“ veröffentlicht. Weiterhin werden Gutachten in Auftrag gegeben (Beispiel: [Rechtsgutachten zum Weiterbetrieb der letzten sechs Atomkraftwerke](#)).

Der Verband dient insbesondere als Forum, um Interessen von Großunternehmen zu bündeln, auf eigenen Veranstaltungen vorzustellen und schließlich bei der CDU durchzusetzen.^[15] Er propagiert auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen, die im Einklang mit den Interessen der Mitgliedsunternehmen stehen (Beispiele: schlanker Staat, Schuldenbremse, mehr Eigenverantwortung, Ablehnung eines Mindestlohns^{[16][17]}). Bei der Verbreitung wirtschaftsliberaler Positionen spielt das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) als Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) eine wichtige Rolle.

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet.^[18] Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Wirtschaftsrat an (Stand: 20.06.2023) an

- im Jahr 2022 4.900.001 bis 4.910.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen^[19]

Die gesamten Ausgaben des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei 15,3 Mio. Euro.^[20]

Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand

Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist.^[21] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Im Mai 2022 hat ein CDU-Mitglied beim Bundesparteigericht Klage gegen das Gastrecht der Präsidentin des Wirtschaftsrats im CDU-Bundesvorstand eingereicht.^[22] Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg, da das CDU-Parteigericht dem Sachverhalt als "vertretbare Rechtsauffassung" zumindest teilweise zustimmte.^[23] In einem nächsten juristischen Schritt zog der Kläger im August 2023 vors Landgericht.^[24]

Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards".^[25]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrats war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen

Unter dem Titel „Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland“ fordert der Wirtschaftsrat in einer Pressemitteilung vom 1. Februar 2026 Kürzungen von Sozialleistungen bei gleichzeitigen Steuersenkungen für Unternehmen und Besserverdiener. Zu den Vorschlägen gehören:

- Senkung der Unternehmenssteuersätze
- Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf 12 Monate für alle
- Streichung von Arbeitsmarktprogrammen
- Rückkehr bei der Pflegeversicherung zum Teilkaskoprinzip unter Verweis auf private Zusatzversicherungen
- Überprüfung des Leistungskatalogs bei der Krankenversicherung. So ließen sich etwa Zahnarztbehandlungen generell gut privat absichern und sollten nicht länger im Umlageverfahren den Beitragszahlern zur Last fallen
- Unfallversicherung: Streichung von Unfällen auf Arbeitswegen aus dem Leistungskatalog
- Eine mögliche Abschaffung der Mietpreisbremse wird unter „Politik für die Arbeitnehmer in Deutschland: Aufstiegsversprechen erneuern!“ erwähnt.

Quellen: ^[26]^[27]

Dennis Radtke, Vorsitzender des CDU-Arbeitnehmerflügels CDU, erklärte zur Forderung, dass Beschäftigte zahnärztliche Behandlungen künftig privat versichern sollen: „Das ist sehr teuer. Wer soll das eigentlich bezahlen?“ und weiter: „Hier erklärt eine Gruppe von Superprivilegierten anderen Leuten, worauf diese verzichten sollen. Dass der Wirtschaftsrat von einer Agenda für Arbeitnehmer spricht, ist ja beinahe zynisch, mindestens aber Etikettenschwindel.“^[28] Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: „Vorschläge, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern alles zugemutet werden soll, gibt es reichlich. Vorschläge, was Großverdiener und sehr Vermögende beitragen könnten, um den Sozialstaat neu aufzustellen, hört man dagegen kaum. Angeblich, weil dies der Wirtschaft schadet. Das aber ist Unsinn. Man könnte zum Beispiel bei jenen anfangen, die ohne unternehmerisches Risiko oder Managementleistung von ihrem Vermögen leben.“^[29]

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr Klimaschutz.^[30] Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben.^[6]

Der Neujahresempfang 2023 des Landesverbands Sachsen „Neues Jahr - Neue Energieträger“ fand mit dem bekannten Klimafaktenleugner Fritz Vahrenholt^[31]^[32] als Referenten statt.^[33] Vahrenholt hat die Initiative *Rettet unsere Industrie* gegründet, die vor einem ökonomischen Niedergang warnt: „Die Bevölkerung soll

sich auf Strommangel, Frieren und Hungern einstellen, sofern sie die sittenwidrig überhöhten, "grünen" Preise nicht bezahlen kann oder will.“^[34] In einem Interview mit dem Manager-Magazin vom 14. April 2023 erklärte er weiterhin, für die Braunkohle als noch immer preiswerteste Alternative für energieintensive Branchen zu kämpfen.^[35] Laut dem Veranstaltungsbericht haben die Mitglieder des sächsischen Landesverbandes für eine gelebte Technologieoffenheit plädiert und eventuell noch bestehende Scheuklappen für Technologien in der Energieerzeugung jenseits von Wind und Sonne vollends ablegen können. Vahrenholt wies zunächst auf die Bedeutung der Arbeitsplätze in der Erdgas-Industrie hin. Zur Verhinderung einer rohstoffgetriebenen weiteren Preisexplosion forderte er dann als notwendige Schritte die Laufzeitverlängerung der betriebsbereiten Kernkraftwerke, die Eigenförderung von Erdgas in der Nordsee und Fracking in Norddeutschland. Weiterhin bedauerte er, dass das Abscheiden und Verpressen von CO₂ in Gesteine (CCS-Carbon Capture) verboten ist. Aus dem Bericht wird deutlich, dass ein überwiegender Teil der Mitglieder des Landesverbands Sachsen am Ausbau der regenerativen Energien überhaupt nicht interessiert ist. Im Rahmen eines politischen Frühstücks der Landesfachkommission „Energiepolitik“ des Landesverbands Hamburg behauptete Vahrenholt 2019, Untersuchungen zeigten, dass der Einfluss des Kohlendioxids auf das Klima etwa halb so groß sei, wie vom Weltklimarat befürchtet.^[36]

Der Landesverband Rheinland-Pfalz des Wirtschaftsrats lädt zu einem Vortrag am 23. April 2024 mit dem Finanzwissenschaftler [Stefan Homburg](#) (Thema: "Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession"), der laut t-online berüchtigt ist für Desinformation und Lügen rund um Corona.^{[37][38]} Zum menschengemachten Klimawandel habe er die These vertreten, der sei eine ähnliche Legende wie die Coronapandemie. Zu dem genannten Thema hielt Homburg bereits beim 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Vortrag.^[39]

Das sogenannte „Bermudadreieck der Energiewende“ spielte eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsrat. Gemeint sind die Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer und Thomas Bareiß sowie Carsten Linnemann.^[40] Der Begriff kursiert, laut den Journalistinnen Susanne Götze und Joeres, im Bundestag, weil die drei immer wieder als Bremser der Energiewende auffallen, die jeden Fortschritt schlucken. Die Herren äußern sich häufig diffamierend über Klimaschutz und deren Verfechter:innen.^[41] Alle drei sind häufig als Redner zu Gast beim Wirtschaftsrat, Pfeiffer ist außerdem Vorstandsmitglied beim baden-württembergischen Landesverband des Wirtschaftsrats.^[40]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiepolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremser klimafreundlicher Maßnahmen erweist.^[42] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmens MIBRAG, ist Mitglied in den Bundesfachkommissionen Energiepolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U. M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktlosigkeit."^[43] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden."^[44] Präsidentin Astrid Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wenn wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]."^[45] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren.^[45]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss des Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz sollte Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen forderte der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnete es als „realitätsfern“ und unterstellt den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...].“^[46] Weiter behauptete Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“^[46]

Das Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[47] Der Wirtschaftsrat versuchte diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen.^[46]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsrats **Lars P. Feld** ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so **Feld**.^[48] Feld machte deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue.^[49] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte kritisiert, dass Wirtschaftsverbände und einzelne Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das sachlichen Grundlagen entbehere. "Mitunter stellt sich die Frage, ob sie dabei als Wissenschaftler oder Lobbyisten auftreten", sagte Karolin Seitz, Programme Officer beim Global Policy Forum (GPF).^[50]

Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die „*Regelungen wurden abgeschwächt*“.^[51] Ein **LobbyControl** Hintergrundartikel über die Rolle des Wirtschaftsrates bei der Verwässerung des deutschen Lieferkettengesetzes findet sich [hier](#).

Finanzen

Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca. 18,4 Mio. Euro, wovon ca. 15,3 Mio. Euro auf Mitgliedsbeiträge und ca. 1,8 Mio. Euro auf Veranstaltungs- und Anzeigenerlöse entfielen.^[52] Veranstaltung des Wirtschaftsrats werden regelmäßig von Unternehmen gesponsert, so [60 Jahre Wirtschaftsrat](#), [75 Jahre Soziale Marktwirtschaft -Freiheit, Verantwortung, Zusammenhalt](#) von der Dr. Wolff-Gruppe, der ING Group und der Media Saturn Retail Group.

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen."^[30]

[Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt."^[53]
(finanznachrichten.de)

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	<ul style="list-style-type: none"> Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Karsten Wildberger	<ul style="list-style-type: none"> CECONOMY AG, CEO
Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats Familienunternehmen	Bettina Würth	<ul style="list-style-type: none"> Würth-Gruppe, Vorsitzende des Beirats Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	<ul style="list-style-type: none"> Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)

Position	Name	Tätigkeit
Schatzmeister	Dr. Joachim von Schorlemer	<ul style="list-style-type: none"> ING-DiBA AG, Berater des Vorstands
Mitglied	Roland Koch	<ul style="list-style-type: none"> Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender, ehem. Ministerpräsident Hessens
Mitglied	Christian Sewing	<ul style="list-style-type: none"> Deutsche Bank, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	<ul style="list-style-type: none"> Parlamentskreis Mittelstand, Vorsitzender Handwerks- und Mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
ehem. Mitglied (in beratender Funktion)	Günther Oettinger ^[5] ^[4]	<ul style="list-style-type: none"> ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Weitere Mitglieder	Paul Bauwens-Adenauer, Nikolaus Breuel, Rainer Berthan, Heike Eckert, Thomas Saueressig, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Jürgen M. Geißinger, Kai Hankeln, Matthäus Niewodniczanski, Selina Stihl, Dr. Michael Strugl	

(Stand: November 2023) ^[55]

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören neben dem Präsidium weitere 53 Mitglieder an, darunter u.a. die folgenden Personen:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer
Florian Rentsch	Verband der Sparda-Banken e.V., Vorsitzender des Vorstandes
Hildegard Müller	Verband der Automobilindustrie e.V., Präsidentin
Marianne Janik	Microsoft Deutschland GmbH, Vorsitzende der Geschäftsführung
Daniela Geretshuber	PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chief People Officer
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung
Corina Grajetzky	RWE , Leiterin der EU-Repräsentanz
Helge Lach	Deutsche Vermögensberatung AG , Mitglied des Vorstands

(Stand: November 2023) ^[56]

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 21 Bundesfachkommissionen, 14 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer all jene für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Dadurch fließen die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundeschachkommission	Vorsitz Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung	Hans Joachim Union Asset Management Holding AG, Vorstandsvorsitzender Reinke
Bau, Immobilien und Smart Cities	Lars von LEG Immobilien SE, Vorstandsvorsitzender Lackum
Beirat Familienunternehmen	Bettina Würth Adolf Würth GmbH & Co. KG, Vorsitzende des Beirates der Würth-Gruppe
Beirat Zukunft Europa	Axel Weber Präsident der Deutschen Bundesbank a.D., Verwaltungspräsident der UBS AG
Digital Health	Frank Wartenberg Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
Energieeffizienz	Marc Andree Vaillant GmbH, Geschäftsführer Groos
Energiepolitik	Nikolaus RWE Generation SE, COO Valerius
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Diederichs BNP Paribas Group, Chairman of the Group Management Board Germany
Gesundheitswirtschaft	Kai Hankel Asklepios Kliniken GmbH & Co. KGaA, CEO
Handel, Ernährung und Verbraucherschutz	Christoph Pohl Lidl Stiftung & Co. KG, Vorstand Einkauf International
Handel und Konsumgüter	Christoph Werner dm-drogeriemarkt GmbH & Co. KG, Vorsitzender
Industriebeirat	Michael Frick Mahle GmbH, Geschäftsführer Petra
Innovationsforum	Justenhoven PwC, Sprecherin der Geschäftsführung

Bundesfachkommission

mission	Vorsitz	Unternehmen
Internationaler Kreis	Jürgen Geißing	MTU Aero Engines AG, Mitglied des Aufsichtsrats
Internet und Digitale Wirtschaft	Florian Roth	SAP SE, CIO & CDO
Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0	Christina Korff	Cisco Systems GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
Steuern	Matthias Oberndörfer	KPMG AG, Mitglied des Vorstands
Umwelt- und Klimaschutz	Detlev Woeste	H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer
Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0	Werner Kook	Rethmann SE & Co. KG, Generalbeauftragter
Wissenschaftlicher Beirat	Lars P. Feld	Leiter des Walter Eucken Instituts , Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Vorsitzender des Sachverständigenrates a.D. (Wirtschaftsweiser)

(Stand: November 2023) ^[57]^[58]

Die Bundesarbeitsgruppen

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Cybersicherheit	Timo Kob	HiSolutions AG, Gründer und Vorstand
Energie für Mobilität	Frank Hiller	DEUTZ AG, Vorstandsvorsitzender
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Marco R. Fuchs	OHB SE, Vorstandsvorsitzender/CEO
Digital Finance	Karl Matthäus Schmidt	Quirin Privatbank AG, Vorstandsvorsitzender
Gigabit-Gesellschaft	Michael Jungwirth	Vodafone GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
	Michael Dieckman	

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Krankenhausreform	n	AMEOS Gruppe, CDO und Mitglied des Vorstandes
Mehr Privat für einen starken Staat	Erhard Weimann	Staatssekretär a.D., EGW Strategie-Beratung
Pflege	Thomas Flotow	PFLEGEN & WOHNEN HAMBURG GmbH, Geschäftsführer
Private Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Rohstoffpolitik	Volker Backs	Speira GmbH, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Staatsfinanzen	Patricia Lips	MdB, Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Startups	Stephanie Renda	Bundesverband Deutsche Startups, Vorstand und stellv. Vorsitzende vom Beirat Junge Digitale Wirtschaft beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

(Stand: November 2023) ^[59]

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von [Lars P. Feld](#), dem Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) und Berater von Bundesfinanzminister Lindner.

Mitglieder	Akademische Position
Lars P. Feld (Leitung)	<ul style="list-style-type: none"> • Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung • Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender • Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher des "Kronberger Kreises" • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Marc Oliver Bettzüge	<ul style="list-style-type: none"> • Energiewirtschaftliches Institut (EWI), Direktor • Expertenrat für Klimafragen der Bundesregierung, Mitglied • Rhenag, Mitglied des Verwaltungsbeirats
Holger Bonin	Institute for Advanced Studies (IHS) in Wien, Direktor
Axel Börsch-Supan	<ul style="list-style-type: none"> • Munich Center for the Economics of Aging, Direktor emeritus • Amundi Deutschland GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats • Kommission Verlässlicher Generationenvertrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Mitglied

Mitglieder	Akademische Position
Alexander Eisenkopf	Zeppelin Universität Friedrichshafen gGmbH, Leiter des Lehrstuhl für Wirtschafts- und Verkehrspolitik
Joachim Englisch	Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Leiter des Institut für Steuerrecht
Gabriel Felbermayr	<ul style="list-style-type: none"> Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Direktor Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Clemens Fuest	<ul style="list-style-type: none"> ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Wolfgang Greiner	<ul style="list-style-type: none"> Universität Bielefeld, Inhaber des Lehrstuhls für "Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement" Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen beim Bundesgesundheitsministerium, Mitglied
Andreas Hackethal	<ul style="list-style-type: none"> Johann Wolfgang Goethe-Universität, Professor für Finanzen, House of Finance BaFin, Vorsitzender des Fachbeirats Bundesministerium der Finanzen, Mitglied der Börsensachverständigenkommission
Siegfried Handschuh	Universität St. Gallen, Full Professor of Data Science
Justus Haucap	<ul style="list-style-type: none"> Düsseldorf Institute for Competition Economics, Direktor ECONWATCH, Präsident Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises " Prometheus, Mitglied des Kuratoriums Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Johanna Hey	<ul style="list-style-type: none"> Universität zu Köln, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Vorstands Berliner Steuergespräche, Vorsitzende des Vorstands Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied
	<ul style="list-style-type: none"> Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Direktor und Mitglied des Präsidiums

Mitglieder	Akademische Position
Michael Hüther	<ul style="list-style-type: none"> Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Kurator und Botschafter
Jürgen Kühling	<ul style="list-style-type: none"> Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht Monopolkommission, Mitglied
Reimund Neugebauer	Fraunhofer-Gesellschaft, Präsident
Christoph M. Schmidt	<ul style="list-style-type: none"> Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident European Sounding Board on Innovation (ESBI) des EU-Kommissars für Forschung und Entwicklung, Mitglied Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums BMW, Mitglied des Aufsichtsrats
Christoph Spengel	Universität Mannheim, Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und betriebswirtschaftliche Steuerlehre
Jens Strüker	<ul style="list-style-type: none"> Fraunhofer Blockchain-Labor, Leiter Forschungsinstitut für Informationsmanagement, Direktor
Volker Ulrich	<ul style="list-style-type: none"> Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre III, insb. Finanzwissenschaft Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS), Vorsitzender des Beirats
Ludger Wössmann	<ul style="list-style-type: none"> ifo Zentrum für Bildungsökonomik, Leiter Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Professor für Volkswirtschaftslehre

(Stand: Dezember 2023) ^[60]

Junger Wirtschaftsrat

Der Junge Wirtschaftsrat ist eine Jugendorganisation des Wirtschaftsrates.^[61] Bundesvorsitzende ist seit 2021 Caroline Bosbach, Tochter des CDU-Politikers Wolfgang Bosbach.^[62] In seiner Funktionsweise folgt der Junge Wirtschaftsrat seiner Überorganisation. Der Junge Wirtschaftsrat ist in 15 Landesverbänden vertreten

^[63] und veranstaltet Junge Wirtschaftstage. Zu diesen werden auch prominente Gäste eingeladen, wie Armin Laschet MdB (ehem. Ministerpräsident), Johannes Vogel MdB (Erster parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion), Gitta Connemann MdB (Bundesvorsitzende der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)). Florian Reuther (Verbandsdirektor beim [Verband der Privaten Krankenversicherung](#)) sowie Helge Lach (Vorstandsmitglied in [Deutsche Vermögensberatung AG](#)). ^[64] Inhaltlich vertritt der Junge Wirtschaftsrat weitgehend die selben Positionen wie der Wirtschaftsrat.

TREND-Magazin

Seit dem 01.12.1979 ^[65] veröffentlicht der Wirtschaftsrat mehrmals im Jahr die Mitgliederzeitschrift "TREND-Magazin für Soziale Marktwirtschaft". ^[66]

Mitglieder

Der Wirtschaftsrat macht seine Mitglieder selbst nicht transparent. Laut Satzung können sowohl natürliche Personen, als auch Unternehmen und Unternehmensverbände Mitglied werden.

Im deutschen Lobbyregister finden sich (Stand Juli 2025) 473 Unternehmen oder Verbände, die angeben, Mitglied im Wirtschaftsrat zu sein. Darunter sind zum Beispiel:

- [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#)
- [Verband der Automobilindustrie](#)
- [BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [VKU - Verband kommunaler Unternehmen](#)
- [Bundesverband deutscher Banken](#)
- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#)
- [Deutscher Bauernverband](#)
- [BASF SE](#)
- [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#)
- [Hauwei](#)
- [Rud Pedersen Public Affairs Germany](#)
- [Bayer AG](#)
- [Microsoft Deutschland](#)
- [BMW](#)
- [Rheinmetall AG](#)

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den Wirtschaftsrat Brüssel (Landesverband Brüssel) und den Wirtschaftsrat [Sektion New York](#), in dem [Friedrich Merz](#) Mitglied im Gründerkreis ist.

Die Veranstaltungen des **Wirtschaftsrats Brüssel** sind [hier](#) abrufbar. Es gibt die folgenden Arbeitsgruppen: [Europäische Energiewende](#), [Europäischer Digitaler Binnenmarkt](#), [Europäische Finanzwirtschaft](#). Im [EU Transparenzregister](#) (Stand: 09.05.2023) gibt der Wirtschaftsrat an, im Jahr 2022 200.000 - 299.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und drei Personen zu beschäftigen. Von 2014 bis Juni 2023 gab es 26 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Leiterin der EU-Repräsentanz ist Corinna Grajetzky (RWE AG). Mitglied im Landesvorstand Brüssel ist [Andreas Schwab](#), MdEP (CDU/EVP). [Günther Oettinger](#), ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, war (beratendes) Mitglied des Präsidiums. ^[54]

Ein Beispiel für die Lobbyarbeit in Brüssel ist der Dialog des Wirtschaftsrats Rheinland-Pfalz mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Dezember 2022, über den wie folgt berichtet wurde^[67]:

"Die Unternehmer der Wirtschaftsrat-Delegation aus Rheinland-Pfalz tauschten sich...über die Taxonomie Verordnung, das Lieferkettengesetz, Mobilität, Klimaschutz und über die Arbeit der in Brüssel vertretenen Verbände aus. Im Fokus: das Europäische Parlament und die Prozesse mit Europäischem Rat, Rat der Europäischen Union und Kommission. Die Delegation sprach mit den Europa Abgeordneten Christine Schneider, Ralf Seekatz, Jens Gieseke und Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie Daniel Bolder, Leiter Europabüro Zentraler Immobilien Ausschuss und Branwel Miles, Repräsentantin der großen europäischen Landwirtschaftsorganisation Copa-Cogeca. „Kein Nachweis nach Passieren der Grenze“, ist die Forderung von Christine Schneider beim Lieferkettengesetz. Damit meint sie Vorleistungsgüter oder Fertigerzeugnisse, die deutsche Unternehmen beziehen. Die Abgeordnete aus Landau vertritt den Grundsatz „Anreize statt Verbote“ und „kein Gesetz wenn man es nicht regeln kann“. Daniel Bolder machte die Prozesse in Brüssel an der Immobilienwirtschaft deutlich, die sein Verband über die gesamte Wertschöpfungskette vertritt. „Man kann mit der Kommission reden“, sagt er. Am Beispiel Taxonomie zeigt er, wie seine Vertretung beim Gang durch die Konsultationsverfahren große Erfolge für den Gebäudesektor erzielt hat.“

Weiterführende Informationen: [EU-Transparenzregister Wirtschaftsrat der CDU](#), [Landesverband Brüssel](#)

Netzwerke

Wirtschaftsbeirat Bayern

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit dem [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen, zusammen.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Zwischen dem Wirtschaftsrat und der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) gibt es enge personelle Verflechtungen (Stand: 12/2023). So ist das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Bettina Würth, Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen", ist Mitglied der Stiftung. Außerdem sind die folgenden Beiratsmitglieder Mitglieder der Stiftung:

- Christoph Werner (Vorsitzender des Beirats „Handel und Konsumgüter“)
- [Michael Hüther](#) (Stellv. Vorsitzender des „Industriebeirats“ und Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Justus Haucap](#) (Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“ und Leiter des Think Tanks „Deregulierung“)

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[68] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Jahresabschluss 2024 des Wirtschaftsrats](#) lobbyregister.de, abgerufen am 02.07.2025
- ↑ [Lobbypersonal: Interessenkonflikte am Kabinetttisch](#) www.lobbycontrol.de vom 30.05.2025, abgerufen am 18.06.2025
- ↑ [Internetseite von Christian von Stetten](#), abgerufen am 20.11.2023.
- ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 20.11.2023.
- ↑ [CDU Wirtschaftsrat wählt Friedrich Merz zum Vizepräsidenten](#),faz.net vom 04.06.2019, abgerufen am 20.11.2023
- ↑ ^{6,06,1} [Imagebroschüre 2019: Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, S. 20](#),wirtschaftsrat.de vom 29.07.2019, abgerufen am 22.11.2023.
- ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
- ↑ [CDU-Landesvorstand Bremen](#), cdu-bremen.de, abgerufen am 21.11.2023
- ↑ [Landesverband Bremen](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
- ↑ [CDU-Landesvorstand Hamburg](#), cduhamburg.de, abgerufen am 21.11.2023
- ↑ [Landesverband Hamburg](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
- ↑ [Homepage Wirtschaftsbeirat Bayern](#), wbu.de, abgerufen am 21.11.2023
- ↑ [Neue Studie: Die Klimabremser-Lobby im Machtzentrum der CDU](#), lobbycontrol.de vom 16.03.2021, abgerufen am 22.11.2023
- ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.4-7](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
- ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
- ↑ [Wirtschaftsrat: Mit EU-Mindestlohn wird Kompetenz er Nationalstaaten überschritten](#), wirtschaftsrat.de vom 14.09.2022, abgerufen am 31.12.2023
- ↑ [Jetzt zeigen sich die Gefahren des Mindestlohns](#), ludwig-erhard.de vom 07.06.2023, abgerufen am 31.12.2023
- ↑ [Der Wirtschaftstag](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
- ↑ [Wirtschaftsrat der CDU](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.12.2023
- ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
- ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022

22. ↑ [Umstrittene Gastfreundschaft](#), sueddeutsche.de vom 10.05.2022, abgerufen am 27.11.2022
23. ↑ [Pressemitteilung: CDU-Gericht weist Klage ab: LobbyControl wertet Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg](#), lobbycontrol.de vom 28.04.2023, abgerufen am 22.11.2023
24. ↑ [Twitter Lobbycontrol](#), twitter. com vom 23.08.2023, abgerufen am 21.11.2023
25. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU](#), abgerufen am 07.03.2012.
26. ↑ [Wirtschaftsrat fordert Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02-02.2026
27. ↑ [Der CDU-Wirtschaftsrat will eine Agenda für die Reichsten](#), surplusmagazin.de vom 03.02.2026, abgerufen am 03.02.2026
28. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
29. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
30. ↑ ^{30,030,1} [Jahresbericht 2019 S.6](#), wirtschaftsrat.de vom März 2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
31. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spectrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 23.06.2023
32. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
33. ↑ [Neujahresempfang](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2023
34. ↑ [Aufruf „Rettet unsere Industrie“](#), rettet-unsere-industrie.de, abgerufen am 23.06.2023
35. ↑ [Publikationen/Rundbrief](#), vahrenholt.net, abgerufen am 23.06.2023
36. ↑ [Starke Zweifel am Klimanotstand](#), wirtschaftsrat.de vom 11.11.2019, abgerufen am 16.02.2024
37. ↑ [Veranstaltung](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 06.04.2024
38. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat irritiert mit pikanter Einladung](#), t-online.de vom 05.04.2024, abgerufen am 06.04.2024
39. ↑ [Corona-Symposium](#), youtube.com, abgerufen am 06.04.2024
40. ↑ ^{40,040,1} [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.33-37](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
41. ↑ Susanne Götze, Annika Joeres: Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftstlenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen, München 2020, S. 182 ff.
42. ↑ [E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?](#), solarserver.de, vom 18.09.2019, abgerufen am 22.11.2023, sowie [E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an](#), windmesse.de, vom 12.05.2020, abgerufen am 22.11.2023.
43. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit"](#), finanztreff.de vom 08.09.2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
44. ↑ [Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht](#), sueddeutsche.de vom 12.04.2020 abgerufen am 13.11.2020.
45. ↑ ^{45,045,1} ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de vom 21.10.2019 abgerufen am 13.11.2020.
46. ↑ ^{46,046,146,2} [Pressemitteilung: Lieferkettengesetz realitätsfern und falsches Signal in der Krise](#), wirtschaftsrat.de vom 27.10.2020, abgerufen am 23.11.2023.
47. ↑ [BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten](#), bmz.de, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
48. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
49. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.

50. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#) [lieferkettengesetz.de](#) vom 05.10.2020, abgerufen am 10.11.2022
51. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) [tageschau.de](#) vom 22.02.2022, abgerufen am 10.11.2022
52. ↑ [Haushalt 2022](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 29.12.2023
53. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), [finanznachrichten.de](#) vom 26.08.2020, abgerufen am 11.11.2020.
54. ↑ ^{54,054,1} [Jahresbericht 2020, S. 13](#) [wirtschaftsrat.de](#) vom Juni 2021, abgerufen am 23.11.2023 im WebArchive
55. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 22.11.2023
56. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand](#), abgerufen am 22.11.2023
57. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 15-18](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 22.11.2023
58. ↑ [Themen des Wirtschaftsrates](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 22.11.2023
59. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 18-20](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 22.11.2023
60. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 20.12.2023
61. ↑ [Statut des Jungen Wirtschaftsrates](#), [wirtschaftsrat.de](#) vom 22.09.2022, abgerufen am 05.12.2023
62. ↑ [WR-Info: Junger Wirtschaftsrat wählt Caroline Bosbach an die Bundesspitze](#), [wirtschaftsrat.de](#) vom 25.10.2021, abgerufen am 05.12.2023
63. ↑ [Landesverbände](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
64. ↑ [Junger Wirtschaftstag 2022](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
65. ↑ [Unsere Geschichte](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
66. ↑ [TREND - Magazin für Soziale Marktwirtschaft](#), [wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 05.12.2023
67. ↑ [Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union](#), [wirtschaftsrat.de](#) vom 04.12.2023, abgerufen am 30.12.2023
68. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), [wirtschaftsrat.nsf](#) vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021

American Chamber of Commerce in Germany

Die **AmCham Germany** (American Chamber of Commerce in Germany) ist eine Lobby-Organisation in Deutschland mit Sitz in Berlin. Sie gehört zur übergeordneten Amerikanischen Handelskammer ([U.S. Chamber of Commerce](#)), einer weltweit tätigen und außergewöhnlich einflussreiche Lobbyorganisation der amerikanischen Wirtschaft. Die deutsche AmCham Germany kann als Zweigstelle gesehen werden, gleichzeitig verwaltet sie sich selbst und firmiert als eingetragener Verein (e.V.). Die Kammer gehörte zu den größten Befürwortern eines Transatlantischen Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU ([TTIP](#)) und betrieb aktive Lobbyarbeit für ein möglichst umfassendes Abkommen. ^[1]

AmCham Germany (American Chamber of Commerce in Germany)



Rechtsf e.V.
orm

Tätigkei Handel und Investitionen
tsbereic
h

Gründu 1903
ngsdatu
m

Hauptsitz American Chamber of Commerce in
Germany e. V. , Charlottenstr. 42,
10117 Berlin

Lobbyb

**AmCham Germany (American Chamber of
Commerce in Germany)**

üro

Lobbyb

üro EU

Webadr <http://www.amcham.de>

esse

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	49
2 Fallstudien und Kritik	50
3 Organisationsstruktur und Personal	50
3.1 Verbindungen	50
4 Zitate	50
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	50
6 Einzelnachweise	50

Lobbystrategien und Einfluss

Laut Satzung fördert AmCham Germany die globalen Handelsbeziehungen, die auf dem starken Fundament der amerikanisch-deutschen Partnerschaft stehen. Dabei unterstützt und fördert sie aktiv die Interessen ihrer Mitglieder durch ihr Netzwerk in Wirtschaft, Politik und der AmChams weltweit. Erklärtes Ziel von AmCham Germany sind uneingeschränkter Handel und Investitionen zwischen den USA und Deutschland, als auch allgemein die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen zu fördern. AmCham Germany vertritt die wirtschaftlichen Interessen von U.S. amerikanischen Firmen, die eine Niederlassung in Deutschland besitzen, sowie die Interessen der deutschen Mitgliedsfirmen, die in den USA aktiv sind. ^[2]

AmCham Germany arbeitet auf mehreren Ebenen zugleich, auf der nationalen in Berlin und über zehn "Regional Chapters" auf der regionalen Ebene. Zusätzlich betreiben die einzelnen Mitglieder über die weiteren Mitgliedschaften in Interessenorganisation als auch auf individueller Basis Lobbyarbeit. Auf nationaler Ebene werden die Politikempfehlungen in den sieben Ausschüssen für Politik ("Policy Committees") diskutiert und formuliert. ^[3] Adressaten sind Entscheidungsträger in Berlin, Brüssel und Washington, DC, die Öffentlichkeit und wichtige Interessengruppen. Zu den Ausschüssen gehören z. B.: Aerospace and Defence Committee, Energy and Climate Committee, Tax Committee und Trade Committee.

Die Lobbyarbeit betreibt AmCham Germany hauptsächlich durch Veröffentlichungen wie z.B. Positionspapiere, aber auch über Veranstaltungen bei denen direkt Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern organisiert wird. Hier ein kleiner Überblick über verschiedene Veranstaltungen alleine zum TTIP:

- Annual Transatlantic Business Conference (Jährliche Wirtschaftskonferenz zusammen mit dem BDI und anderen Verbänden) mit dem Titel „Strategic inspiration and impulses for the economic and political partnership“ in Frankfurt vom 11.- 12.11.2014 zum TTIP^[4]
- TTIP – WIR MÜSSEN REDEN! (Bürgerdialog mit der Europa-Union)
- AmCham Germany Transatlantic Partnership Award (Galaveranstaltung mit Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur)

Der Kontaktpflege zwischen AmCham Germany-Ausschussvorsitzenden (chairpersons of policy committees) und Abgeordneten des Deutschen Bundestags dienen die „Parliamentary Breakfasts“. Diese werden von Unternehmen gesponsert.^[5]

Die Einnahmen von AmCham Germany lagen 2021 bei ca. 2,5 Mio. Euro.^[6]

Fallstudien und Kritik

Bei den Verhandlungen zur EU-Datenschutzverordnung 2013 haben vor allem U.S. amerikanische Unternehmen mit Unterstützung der AmCham Repräsentanzen in Europa wie auch u.a. die AmCham Germany eine offensive Lobbyarbeit gemacht.^[7] AmCham Germany betrieb vor allem ein aktives Lobbying für das Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP).^[8] Dies geschah indirekt durch Publikationen aber auch direkt durch Konsultationen mit Politikern und Beamten aus Bund, Ländern aber auch der EU Institutionen.^[9]

Organisationsstruktur und Personal

AmCham unterhält Büros in Berlin und Frankfurt. Leitungsgremien des Vereins sind der Vorstand („Executive Committee“) und der Verwaltungsrat („Board of Directors“), die [hier](#) abrufbar sind. Sieben Personen werden als Lobbyisten ausgewiesen, die für [Communications & Government Relations](#) zuständig sind.

Am 01.03.2024 hatte AmCham Germany 830 Mitglieder, die [hier](#) abrufbar sind.^[10] Mitglieder sind 204 natürliche Personen sowie 626 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen aus den USA und Deutschland.

Verbindungen

AmCham Germany gehört zur übergeordneten [U.S. Chamber of Commerce](#) (US-Handelskammer), die Lobbyarbeit für die amerikanischen Unternehmen auf der ganzen Welt betreibt. Mit 59,6 Mio. \$ Dollar hatte sie 2022 die höchsten Lobbying-Ausgaben der Welt.^[11] AmCham Germany ist auch Mitglied des Netzwerks [AmCham EU](#), über das sie Kontakte zu anderen europäischen AmChams unterhält.

Zitate

„The most effective lobbying force in town is commonly considered to be the EU Committee of the American Chamber of Commerce.“^[12]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [AmCham Germany Website Public Affairs](#), zugriff 27.11.2014
2. ↑ [AmCham Germany Website History](#) , zugriff 27.11.2014

3. ↑ [Policy Committee Overview 2022](#), amcham.de, abgerufen am 14.01.2023
4. ↑ [Annual Transatlantic Business Conference Event archive](#), gaccny.com, abgerufen am 05.12.2016
5. ↑ [Annual Report 2022](#), amcham.de, abgerufen am 14.01.2023
6. ↑ [American Chamber of Commerce in Germany, Gewinn- und Verlustrechnung](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 13.01.2023
7. ↑ [LobbyControl Blog](#) , zugriff 27.11.2014
8. ↑ [AmCham Germany The Transatlantic Trade and Investment Partnership](#) , zugriff 27.11.2014
9. ↑ [AmCham Germany The Transatlantic Trade and Investment Partnership - Meetings](#) , zugriff 27.11.2014
10. ↑ [American Chamber of Commerce in Germany](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 04.08.2024
11. ↑ [Top Spenders](#), opensecrets.org, abgerufen am 13.01.2023
12. ↑ [The Economist The Brussels lobbyist and the struggle for ear-time](#), zugriff 27.11.2014